

8,5 PROZENT SIND ZU WENIG

60 pf
NR. 17

Bei der jetzt anlaufenden Lohnrunde stehen wir Arbeiter wieder vor der Frage, ob wir weiterhin mit Einbußen im Lebensstandard uns begnügen müssen oder nicht. Für die meisten Kollegen ist der Reallohn in den letzten beiden Jahren um einige Prozent gesunken. Man hat uns dabei immer auf die Zukunft vertröstet und uns klarzumachen versucht, daß nach einer Durstperiode, in der wir den Gürtel enger schnallen mußten, wieder bessere Zeiten kommen würden. Die aber lassen auf sich warten.

von
Helmut Kipper
IG Metall -
Vertrauensmann

In der letzten Tarifrunde haben wir 5,4 Prozent und einen zusätzlichen Urlaubstag bekommen. Bei einer Inflationsrate von rund fünf Prozent, überdurchschnittlichen Preissteigerungen für Lebensmittel wie Kartoffeln, Brot, Fleisch und Gemüse, durchweg erhöhten Sozialabgaben und höherer Besteuerung durch Steuerprogression ist dabei unterm Strich jedoch weniger Kaufkraft als noch vor einem Jahr übriggeblieben. Ab 1977 stehen nun weitere Erhöhungen ins Haus: Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werden zum 1.1.77 ebenso heraufgesetzt wie Zigaretten, Tabak und Spirituosen. Krankenversicherung, Rentenversicherung und Kraftfahrzeugversicherung werden ebenfalls teuer.

Während die Arbeiter nun schon zwei Jahre stillgehalten haben, sind die Profite der meisten Unternehmer

und Konzerne auf Rekordhöhen gestiegen. Im ersten Halbjahr 1976 sind die Unternehmergewinne durchschnittlich um 20 Prozent, die der Arbeiter und Angestellten jedoch nur um ganze 6,3 Prozent gestiegen.

Märchen

Das Hauptargument der Bosse, weshalb wir uns mit weniger Kaufkraft zufriedengeben sollten, war immer das folgende:

"Weniger Lohnerhöhung heißt mehr Unternehmergewinne. Mehr Unternehmergewinne heißt mehr Investitionen. Mehr Investitionen heißt mehr Arbeitsplätze von morgen." So wurde uns eingeredet, daß wir in "Solidarität mit den Arbeitslosen" und in unserem eigenen Interesse gar nicht für eine Erhaltung des Reallohnes kämpfen dürften.

Die Wirklichkeit sieht aber anders aus. Zum ersten investieren die Unternehmer nach wie vor viel weniger als früher, und wenn sie investieren, dann hauptsächlich dazu, um durch rationellere Maschinen nicht mehr Arbeitskräfte überflüssig zu machen.

So erweist sich ein scheinbar volkswirtschaftlich vernünftiges Argument als ein altes Märchen!

"Nicht die Belastungsfähigkeit der Unternehmer, sondern die der Arbeitnehmer ist der neuralgische Punkt", sagte der IG Metall-Vorsitzende Loderer auf der Vertrauensleute-Konferenz der Gewerkschaft in Nürnberg. Er verurteilte dabei scharf die Forderung der Unternehmer, die auch von Wirtschaftsminister Friderichs unterstützt wird, nämlich nach einer mittelfristigen tarifpolitischen Zurückhaltung der Gewerkschaften.



Als ob die Arbeiter beliebig weiter Opfer für die Unternehmer bringen könnten, forderte Bundesbankpräsident Klagen, daß die Lohnsteigerungen 1977 noch unter denen des Jahres 1966 liegen sollten! Er kennt wohl ebenso wenig wie seine Unternehmerfreunde die täglichen Sorgen einer Arbeiterfamilie, die jeden Tag auf jeden Pfennig schauen muß und Ausgaben einschränken muß - ob beim Essen, beim Trinken, bei der Kleidung oder beim Urlaub oder sonstigen Vergnügen. Es spielt sich, wie der Kollege Loderer richtig feststellte, zum Huter der Gewinne für die Unternehmen auf.

Auch andere Vertreter der Kapitalistenklasse haben entsetzt auf die Forderungen der IG Metall in NRW nach einer Lohn- und Gehaltserhöhung in der Eisen- und Stahlindustrie reagiert.

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Wolff von Amerongen, meinte, die IG Metall habe mit dieser Lohnforderung volkswirtschaftlich falsche Daten gesetzt. Auch der Vorsitzende der Unternehmerverbände, Hanns Martin Schleyer, sagte in der Presse: Daß die Gewerkschaft im kommenden Jahr, nicht mehr fordern dürfte als 1976.

Viele Gewerkschaftskollegen sind ebenfalls der Meinung, daß mit dieser Forderung falsche Daten gesetzt wurden - aber nur in einem an-

Kampf bereitschaft

deren Sinne.

So die Vertrauensleute von Mannesmann in Duisburg, die zwölf Prozent forderten, ebenso der Vertrauenskörper der Grundig-Werke in Nürnberg. Auf der Vollversammlung der Vertrauensleute der Vulkan-Werft in Bremen wurde eine einheitliche Lohnforderung von 210 DM für alle Beschäftigten einschließlich der Auszubildenden gefordert. Bei einer Belegschaftsversammlung der Hoesch-Hüttenwerke AG in Dortmund wurde die Forderung der Vertrauensleuteversammlungen aller drei Betriebe von elf Prozent bekräftigt und ein Antrag angenommen, der Betriebsrat und Geschäftsleitung auffordert, die Differenz zwischen der offiziellen IG Metall-Forderung von 8,5 Prozent und den geforderten elf Prozent durch innerbetriebliche Anhebungen voll auszugleichen.

FORTSETZUNG S. 8

Zuverlässig

Alljährlich im November veröffentlicht der Bundesanzeiger die offiziellen Bilanzen der Parteien in der Bundesrepublik. Diese werfen dann immer wieder Licht auf den Umfang anonymer Großspenden aus den Reihen des Großkapitals für CDU und CSU. Da sind einzelne "Spenden" (in Wirklichkeit nicht ausbezahlte Löhne der Arbeiter) bis zu 500 000 DM schon eine alte Gewohnheit. Eigens zum Zwecke der Finanzierung der Unionsparteien haben Unternehmer "staatspolitische" oder "staatsbürgerliche" Vereinigungen gegründet. Die "Bayrische Staatsbürgerliche Vereinigung" hat so beispielsweise der CSU im letzten Jahr 1,5 Millionen DM überwiesen. Aber offensichtlich vertrauen die Hintermänner dieses Vereins auch der FDP: Diese erhielt immerhin 326 000 DM an "Spenden". Auch die FDP ist zuverlässig - als fairer Partner für die Bosse!

SPD SPALTUNG DER CDU/CSU WAS NUN?

Nach der Auflösung der Fraktionsgemeinschaft und Trennung von CDU und CSU muß sich jedes SPD-Mitglied, jeder Gewerkschafter und jeder Arbeiter über die Konsequenzen und Auswirkungen im klaren sein. Dieser Vorgang ist kein bayerischer Volksschwank - er kündigt den Beginn einer neuen Epoche in der deutschen Nachkriegsgeschichte an. Er ist auch keine deutsche Eigenart, sondern damit ist nur das vollzogen, was in anderen kapitalistischen Ländern schon seit Jahren sichtbar ist. In all diesen Ländern ist der Wirtschaftsaufschwung endgültig vorüber und rüstet sich die Arbeiterbewegung für große Arbeitskämpfe. Die



Kapitalistenklasse, die früher so selbstbewußt in die Zukunft blickte, steht heute noch vor der Frage, wie sie mit der mächtigen Arbeiterbewegung fertig werden könnte. So kommt es im Lager der Unternehmer und ihrer Parteien zu Spaltungen. Dies sehen wir momentan ganz deutlich am Beispiel der japanischen liberaldemokratischen Regierungspartei der italienischen Christdemokraten und der französischen Regierung.

Auch in der Bundesrepublik ist die Spaltung zwischen CDU und CSU nichts anderes als der Vorboten einer größeren Bewegung der Arbeiterklasse. Strauß vertritt eine offen reaktio-

näre Politik der harten Konfrontation mit der organisierten Arbeiterbewegung. Auf seinem Programm stehen scharfe Angriffe auf die

FORTSETZUNG S. 2

Biermann.....	S.2
Italien.....	S.3
USA.....	S.3
Ungarn 1956.....	S.4, 5.
DKP.....	S.6
Gewerkschaftsgründung.....	S.7
Rationalisierungen.....	S.7
Arbeitslosigkeit.....	S.8

VORAN

VORAN ! ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE

ÜBERREGIONALE MARXISTISCHE ZEITUNG für SPD, JUSO und GEWERKSCHAFT

Erscheint seit Dezember 1973, ab Dezember 1976 als Monatszeitung.

Redaktionsanschrift:

VORAN ! Hammesberger Str. 75

563 REMSCHEID

Kontonummer: Postscheckamt Essen H.G. Öfinger, 170 20 - 433

Verantwortlicher Redakteur: Hans Gerd Öfinger

Angst vor der Diktatur...

Wolf Biermann, Sohn eines in Auschwitz vergastem Hamburger Arbeiters und alten Kommunisten, eine lebendige Legende für Hunderttausende von Sozialisten in der BRD und Symbol einer kritischen Jugend in der DDR, darf jetzt nicht mehr zurück in den "ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat". Dies hat bundesweit wie auch international scharfe Proteste und Empörung ausgelöst.

Die Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR wurde vom SED-Organ "Neues Deutschland" damit begründet, daß er seine "staatsbürgerlichen Pflichten" verletzt habe, ein "antikommunistischer Krokaler" sei und sein Programm sich "gegen den Sozialismus" richte.

Die DKP-Zeitung "UZ" hat die Auffassung der SED voll übernommen und Biermann einen Renegaten und Fremdkörper genannt, der den reaktionären Kräften diene. Wie Mitarbeiter von "Vorán", die Biermanns Auftritt in Köln verfolgt haben, feststellen konnten, hat die "UZ" dabei mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten und Wortfetzen operiert. Weshalb wohl?

Für die SED-Führung ist die Sache klar: Wir haben hier Sozialismus, wer uns kritisiert ist ein Feind des Sozialismus, ein Reaktionär, ein Kapitalistischer Agent, auch wenn er sich als Sozialist tarnt.

Aber warum haben dann die Reaktionäre in der BRD, die CDU, verhindert, daß eine Aufzeichnung von Biermanns Auftritt in Köln nicht zur besten Sendezeit, nämlich um 20.15 Uhr vom Fernsehen ausgestrahlt wurde? Warum heißt es in einem Kommentar von "Bild am Sonntag" folgendermaßen: Ja, für dieses kommunisten-Kind sind wir fremd und kaum noch Heimat. Seine Heimat ist der Sozialismus.

Wenn die DDR wirklich sozialistisch und Biermann reaktionär wären, selbst dann wäre das Verhalten der DDR-Führung immer noch unverständlich. Denn angeblich stehen ja über 98 % der DDR-Bevölkerung hinter der SED-Politik. Warum darf Biermann dann seit 1964 nicht mehr in der DDR öffentlich auftreten? Das Publikum würde diesen "Krokaler" doch sofort entlarven und auspeifen. Können denn die DDR-Arbeiter nicht selbst entscheiden, was reaktionär ist und was nicht? Sind sie kleine Kinder? Wozu muß in einem "sozialistischen Staat" die Parteiführung vorschreiben, was die Bevölkerung hören darf und was nicht. In Wirklichkeit fürchtet die SED-Führung nicht so sehr den kleinen Sänger, sondern die Arbeiter selbst. Denn sie werden eines Tages aufstehen und einen echten Sozialismus nicht nur ersingen sondern erkämpfen, in dem die Arbeiter auch die politische Macht in ihren Händen halten.

Biermann ist für die SED gefährlich, weil er teilweise die Stimmung der Arbeiter und Jugend ausdrückt. Ihr panisches Verhalten - das zu mehreren Verhaftungen von Biermann-Sympathisanten geführt hat - und die Proteste von Arbeitern und Intellektuellen lassen darauf schließen, daß sich unter der Bevölkerung ein starker Druck ansammelt. In vielen Fragen hat Biermann jedoch auch verwirrte Ansichten. Er hat kein klares Konzept für den Kampf um eine sozialistische Umgestaltung in der BRD. Er wünscht sich in der BRD eine KP wie "unter Italiens Sonnenschein", obwohl die KPI-Führung eine Politik weit rechts von der SPD-Führung betreibt (vgl. Artikel S. 3).

Dennoch muß jeder Sozialist Biermanns freie Meinungsäußerung und die Forderung nach seiner Rückkehr in die DDR, zu Frau und Kind, bedingungslos unterstützen. Auch seine Lieder und Gedichte sind es wert, gelesen zu werden. Die SED-Bürokratie wird sich umso mehr die Frage gefallen lassen müssen, die ihr Biermann in einem Gedicht stellt: "WARUM ZITTERN IHR VOR DER DIKTATUR... DES PROLETARIATS?"

...des Proletariats

FORTSETZUNG "SPD" VON S.1

Gewerkschaftsbewegung, drastische Einsparungen bei Sozialleistungen und eine klare Senkung des Lebensstandards der Arbeiter und Angestellten zugunsten der Unternehmer.

AUCH KOHL, BIEDENKOPF UND KATZER VERTRETEN EBENSO WIE STRAUSS DIE INTERESSEN DER GROSSKONZERNE, aber sie wollen diese Interessen eher durch eine Integration der Arbeiter und durch einige "Reformen" wie die "Mitbestimmung" durchsetzen. Auch die "Sozialausschüsse" der CDU fürchten den Klassenkampf wie die Pest und vertreten die Idee von dem "gleichen Boot", in dem angeblich die Arbeiter und Unternehmer sitzen. Die Trennung zwischen den beiden Unionsparteien wird weitreichende Konsequenzen haben.

Strauß bereitet offensichtlich die Gründung einer bundesweiten, eindeutig reaktionären Partei vor. Er ist einer der weitsichtigen und klügeren Vertreter des Kapitals und weiß, daß letzten Endes nur harte Maßnahmen gegen die Arbeiterbewegung die Macht der Großkonzerne aufrechterhalten können.



so oder so oder so...

Als sich die Nachricht aus Oberbayern verbreitete reagierten zahlreiche Kommentatoren der bürgerlichen Presse mit dem Gedanken an eine neue Große Koalition aus SPD und CDU. Schon im Frühjahr hatten die beiden stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Schmidt und Koschnick die Meinung vertreten, daß für sie eine Koalition mit der CDU ohne Strauß durchaus möglich wäre. Helmut Schmidt hatte diesen Gedanken Mitte November noch einmal wiederholt, als er im Deutschlandfunk sagte, auch die SPD könne mit der Union zusammen regieren, denn alle Parteien könnten grundsätzlich miteinander koalieren. WIRD HELMUT SCHMIDT JETZT VERSUCHEN, DIE PARTEIMITGLIEDER AUF EINE NEUE GROSSE KOALITION VORZUBEREITEN? WAS WÜRD EINE SOLCHE KOALITION BEDEUTEN?

Weihnachtsgeld für Flick

Ein nettes kleines Weihnachtsgeschenk hat "unser Staat" dem Milliardär Karl-Friedrich Flick versprochen: Er braucht die durch den Verkauf von Aktien eigentlich fällig gewordenen 1,2 Milliarden DM Severn nicht zu bezahlen. Paragraph 6b des Einkommenssteuergesetzes sieht Steuerfreiheit für "volkswirtschaftlich förderungswürdige" Kapitalanlagen vor. Der Bundeswirtschaftsminister Friderichs entschied, daß hier eine "Förderungswürdigkeit" vorliegt, und schon war die Sache gelaufen!

Als der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Böhm eine parlamentarische Anfrage dazu einbringen wollte, verkroch sich Friderichs' Staatssekretär schlecht vom Wirtschaftsministerium hinter dem "Steuergeheimnis".

ES HAT JA UNS GEFÄLLIGST NICHTS ANZUGEHEN! Der Flick-Konzern hat immer darauf geachtet, daß die Regierenden seine Interessen besonders bevorzugen. Das war schon unter Hitler der Fall, der schon vor der Machtübernahme von dem alten Flick massiv finanziert wurde. Während des Krieges durfte Flick aus tausenden, bis auf die Knochen abgemagerten KZ-Häftlingen noch Superprofite herauspressen.

AUCH IM HEUTIGEN STAAT FINDEN DIE MÄCHTIGEN IMMER LEGALE SCHLEICHWEGE UND GEHORSAME INTERESSENVERTRETER. Diese 1,2 Mrd. fehlen jetzt, wenn es um Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser geht. Reformen sind finanziell nicht machbar - sagt die Bundesregierung. "Konsolidierung statt Reformen" heißt die Parole des Vorsitzenden des Deutschen Industrie- und Handelstages, Wolff von Amerongen. Es ist klar, was er "konsolidieren" will: DIE FINANZEN DER UNTERNEHMER.

Es reicht doch völlig aus, wenn die Millionen "kleiner Leute" regelmäßig und pünktlich ihre Steuern

Doch nichts anderes, als daß die Politik des Großkapitals auf der Tagesordnung steht und die Führung der SPD diese Politik den Arbeitern und Angestellten zu verkaufen versucht. Schon jetzt bestimmt die FDP als Partner der SPD gemäß den Interessen der Bosse und Bankiers die Richtlinien der Politik, und Schmidt stellt diese Politik der Regierung als "tragfähigen Kompromiß" dar. Dem Kapital kann dies nur recht sein, wenn sich die SPD-Führung dazu benutzen läßt. Keine bürgerliche Partei (ob CDU, FDP oder CSU) wird sich jemals dazu hergeben, die Sache der Arbeiterbewegung zu fördern oder im Interesse der breiten Arbeiterbewegung gegen ihre eigenen Geldgeber, das Kapital, zu handeln. Eine Koalition der SPD mit irgendeiner dieser Parteien kann deswegen nur zu einer Demoralisierung, Enttäuschung und Verwirrung der Mitglieds- und Anhängerschaft führen.

In der Bundesrepublik hat - wie in ganz Westeuropa - eine neue Epoche begonnen. Wir stehen vor großen wirtschaftlichen Schwankungen, vor neuen, noch tieferen Krisen des kapitalistischen Systems. Die Angriffe auf Lebensstandard und Sozialleistungen werden alle Errungenschaften in Frage stellen, die die Arbeiterbewegung nach dem Krieg erreicht hat. Dies wird harte und zähe Kämpfe auslösen. Was die Arbeiterbewegung in dieser Situation vor allem braucht, ist eine entschlossene und klare POLITISCHE FÜHRUNG.

Die SPD-Führung genießt das Vertrauen der Mehrheit der Arbeiter und Angestellten. Vor ihr erwarten Millionen deswegen auch, daß sie jetzt endgültig die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien oder auch selbst den Gedanken daran aufgibt und sich einzig und allein an den Interessen ihrer Anhänger, der Arbeiter, Angestellten, Hausfrauen, Rentner und Jugendlichen, orientiert.

Die einzige Alternative zur gegenwärtigen verhängnisvollen Politik der Zusammenarbeit mit den Parteien des Kapitals wäre eine Offensive und eine breite Kampagne für ein sozialistisches Programm. Das heißt für die uneingeschränkte Durchsetzung aller im Interesse der breiten Bevölkerungsmehrheit notwendigen Reformen auf der Grundlage einer Überführung der Schaltstellen der wirtschaftlichen und politischen Macht in Gemeineigentum, und der demokratischen Planung und Kontrolle durch die Arbeiter selbst. Wenn die SPD-Führung zusammen mit der Gewerkschaftsführung ihre Autorität unter den Millionen Anhängern dazu benutzen würde, wenn sie ein sozialistisches Programm überzeugend und klar vertreten würde, so wäre eine breite Unterstützung und eine absolute Mehrheit zur Durchsetzung dieses Programms garantiert.

H.G. ÖFINGER und G. POWELL



IDEE UND KRITIK

„Liebe VORAN-Redaktion! Seit genau zwei Nummern gehöre ich zu eurer Leserschaft. Ich bin zwar nirgends "organisiert", stehe aber politisch hinter euren Ideen und finde eure Zeitung verbreitenswert. Ich habe einige Ideen und Kritik, einerseits zur letzten Ausgabe, als auch allgemeiner Natur, das heißt, was ich vermisse oder anders machen würde.“

Eine wichtige Sache für mich, die ich bisher nur bei euch gefunden habe: einen historischen Abriss der Arbeiterbewegung zu geben. So was ist wichtig für viele Arbeiter, um ihre geschichtliche Lage zurückverfolgen zu können und wichtig für die SPDler und Jusos, sich ihrer Aufgabe - Unterstützung dieses Kampfes (öfter mal) - bewußt zu sein.

Mein Vorschlag: Ich fände es formal besser, das Geschichtliche zuerst - für sich - zu bringen, und anschließend zusammengefaßt zu analysieren, woraus wir heute lernen können, wo Entwicklungen parallel laufen. Das ist ja gerade das Wichtige, daß die Arbeiterbewegung eine Geschichte hat und ein Bewußtsein für eine Tradition braucht, nämlich um Fehler zu vermeiden, die sie schon mal begangen hat.

Dann eine weitere dringende Bitte; erkläre in einem Artikel eure Rollen, wie sieht für euch demokratische Arbeiterkontrolle aus und wie "demokratisch geplante Wirtschaft". Das sind Punkte, die ruhig in jeder zweiten Ausgabe erklärt werden könnten. Für neue Leser (wie für mich) wäre das eine entscheidende Verständigungshilfe. Ich hoffe ihr könnt mit dem Echo einer Leserin was auffangen.

VORAN denn!
Ria Röthinger
Tischlerlehrling
Krefeld

Wir danken Ria für diese Anregung und werden demnächst einen ausführlichen Artikel über Verstaatlichung und Arbeiterkontrolle sowie demokratische Planwirtschaft veröffentlichen.

Forderungen aufstellen. Der Jahresverdienst beträgt nämlich nur ganze 692.775 DM. Doch was andere Honorare anbelangt, war auch die Deutsche Bank nicht kleinlich. 1975 hat sie insgesamt 2,1 Millionen für Ruhestandgehälter früherer Vorstandsmitglieder, 1,7 Millionen für Bezirksbeiräte und 1,1 Millionen für Aufsichtsräte ausgegeben. Sogenannte "Berater" erhielten insgesamt das Taschengeld von 300 000 DM!

Die gesamte Führung der Bank erhielt in dem Jahr fast 13,5 Millionen an "Lebensunterhalt" ausbezahlt. Es wäre auch jedem jungen und arbeitssuchenden Menschen zu empfehlen, sich um eine Stelle als Aufsichtsratsmitglied bei Kaufhof zu bewerben und möglichst gleich morgen dazu Schlange zu stehen. Denn ein Karstadt-Aufsichtsrat verdiente 1975 61 883 DM, dafür muß er pro Jahr 2 oder 3 Sitzungen besuchen. NICHT SCHLECHT - DIESE "LEISTUNGSGESELLSCHAFT".

Nur wenn diese Schmarotzer dann noch behaupten, sie würden eben 20 mal so viel leisten wie ein Arbeiter, dann hört der Spaß wirklich auf.

Selbstmord

Regelmäßig wird gemeldet, wie Menschen, die in diesem System finanziell nicht mehr klarkommen, zu Verzweiflungstaten schreiten.

Ein 29-jähriger Dreher im oberbayerischen Murnau war vor einem Jahr arbeitslos geworden und sah sich gezwungen, einen Kredit von 5 000 DM aufzunehmen. Nachdem er vom Arbeitsamt keine Unterstützung bekam - weil er sie nicht "fristgerecht" beantragt hatte - eine neue Arbeitsstelle zu finden, war jetzt der Kredit zur Rückzahlung fällig. Der Mann sah keinen anderen Ausweg als den "Freitod" durch Erhängen. Schicksal - werden viele sogen - Pech gehabt!
Doch eigentlich sollte an des Mannes Stelle das kapitalistische System hängen, das sogar Menschen in den Tod treibt und uns immer mehr sein wahres, häßliches Gesicht zeigt!



zahlen - die Großen läßt nur laufen! Jeder Arbeiter muß es als einen Skandal empfinden, wenn die SPD-Führung und die SPD-Minister in diesem Fall schweigen. So läßt sich das Vertrauen der organisierten Arbeiter nicht halten oder zurückgewinnen.

Vermögensbildung

Nicht allen geht es schlecht in dieser Wirtschaftsordnung. Während die Arbeiter und Angestellten Tag für Tag zu Bescheidenheit und Zurückhaltung aufgerufen werden, geht es den Managern und Aufsichtsräten der Großkonzerne blendend. Jedes der sechs Vorstandsmitglieder des BMW-Konzerns kommt auf 62.076,42 DM monatlich, was ein Jahreseinkommen von 744.917-DM ausmacht. EIN AUTOMOBILARBEITER MÜSSTE BEI SOLCH EINEM EINKOMMEN RUNDE 180 STUNDEN PRO TAG ARBEITEN, DENN SEIN MONATSVERDIENST LIEGT BEI 1.764,20 DM (im Durchschnitt). MAN MÜSSTE EBEN DEN 200-STUNDEN-TAG EINFÜHREN, UM VERMÖGEN IN ARBEITERHAND ZU BILDEN!
Bei der Deutschen Bank muß ein Vorstandsmitglied schon bescheidenere

Italien steht heute vor der größten wirtschaftlichen und politischen Krise seit dem Sturz des Faschismus und dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Schon jahrelang am Rande des Staatsbankrotts, mit Auslandsverschuldungen von 18 Milliarden Dollar kann sich der leidende italienische Kapitalismus nur mit Hilfe enormer internationaler Kredite am Leben halten. Diese Krise findet ihren politischen Ausdruck in der Unsicherheit in den Reihen der Partei der Unternehmer und des Großkapitals in Italien, die "Democrazia Cristiana". Einer kämpferischen Arbeiterklasse gegenüber stellt, ihre Hände mit Korruption, geheimen Handlungen mit der MSI, der faschistischen Partei, und mehreren geplanten Putschversuchen beschmutzt, blicken die Führer dieser Partei wild umher, um eine Lösung aus der Luft zu greifen, die ihr System retten könnte.

Nicht nur in diesem Lande aber starren die Ausbeuter mit Angst in die Zukunft. Das Ende des Nachkriegsaufschwungs, der zwanzig Jahre dauerte, die revolutionären Ereignisse in Portugal, Griechenland und Spanien haben das Vertrauen der Unternehmerklasse überall erschüttert. Der jetzt eintretende Aufschwung - der allerdings, so gestehen die Wirtschaftsexperten des Kapitals selbst, höchstens drei oder vier Jahre dauern kann - bringt keine Linderung für die Probleme des Kapitals im Gegenteil. In einer Beziehung aber ist die Kapitalistenklasse überall einig: ihr System ist nur auf Kosten der Arbeiter zu retten. Die Arbeiterklasse ist aber genauso entschlossen, die Opfer, die ihr in den letzten Jahren aufgedrungen wurden, wiedergutzumachen. All diese Faktoren der sich entwickelnden europäischen Revolution kommen jetzt in Italien zur Reife.

Auch in der Zeit des italienischen Wirtschaftswunders der 50er und 60er Jahre war das politische System in Italien weniger als stabil. Wegen der relativen Rückständigkeit des Landes, der Armut der Bauern und Landarbeiter im Süden, der schon Ende der 40er Jahre versprochenen aber nie durchgeführten Landreform, und auf der anderen Seite der Konzentration der Industrie im Norden blieb die wirtschaftliche Entwicklung Italiens ungleichmäßig und einseitig. Versuche der Regierungen, die Industrie zu planen, schlugen fehl. Die gegenwärtige Regierung ist die 38. seit dem Zweiten Weltkrieg!

Seit dem "heißen Herbst" von 1969, als in Italien eine große Streikwelle ausbrach, haben die italienischen Arbeiter durch Streiks, Generalstreiks, Demonstrationen und durch die kommunistische Partei ihren Willen ausgedrückt, die Gesellschaft in ihrem Interesse zu verändern. In den letzten acht Jahren haben 21 eintägige Generalstreiks stattgefunden. Bei den Parlamentswahlen im Juni dieses Jahres stieg

Karl Burkhard

ITALIEN:

ARBEITER GEGEN SPARPROGRAMM

der Stimmenanteil der KPI von 27,1% auf 34,4%. 3,6 Millionen Italiener als zuvor stimmten für die Kommunistische Partei!

Die christdemokratische Regierung ist in den letzten Jahren von Krise zu Krise gestolpert. 1974 erlitt sie eine schwere Niederlage in der Volksabstimmung über die Frage des Ehescheidungsrechts, als die Mehrheit der Arbeiter gegen sie und für dieses Recht stimmte.

REGIERUNGSKRISE

Die Sozialistische Partei ist durch ihre ständige Beteiligung an und Unterstützung von konservativen Regierungen auf weniger als 10% zusammengeschrumpft und folglich durch Fraktionskämpfe zerrissen. Sie entschied sich im Januar dieses Jahres endlich, die Regierung nicht mehr zu unterstützen. In eine neue Regierungskrise gestürzt, gab es keine andere Möglichkeit für Christdemokraten mehr als Neuwahlen. Selbst eine antikommunistische Hetzkampagne konnte nichts am Ergebnis ändern: die Christdemokraten konnten ihren Stimmenanteil (38,7%) nur durch Gewinne von



der MSI aufrechterhalten. Auch die Sozialistische Partei konnte mit 9,6% keinen Gewinn verbuchen. Der erhebliche Zuwachs des Stimmenanteils der Kommunistischen Partei zeigt klar die zunehmende Polarisierung der italienischen Gesellschaft.

Die Grundlage des Wahlkampfes der KPI waren aber nicht konsequente sozialistische Forderungen sondern die Politik des sogenannten "historischen Kompromisses". Das Ziel dieser Politik ist nichts anderes als eine Art Große Koalition mit den Christdemokraten! Führer Mitglieder der KPI haben sogar gesagt, daß sie keine Absicht haben, die Industrie zu verstaatlichen - im Gegenteil, sie möchten einige bestehende staatliche Industrien reprivatilisieren! Der Duldung der Kommunisten können es die Christdemokraten verdanken, daß ihre Minderheitsregierung noch nicht gestürzt wurde.

Angesichts der Wirtschaftskrise kündigte Andreotti, der italienische Ministerpräsident, Anfang Oktober ein drastisches Sparprogramm an. Bei einer

Aber es gibt noch keine massenhaft unterstützte Partei der Arbeiterklasse, die dies durchsetzen könnte. Die beiden großen kapitalistischen Parteien, die Demokraten und Republikaner, sind nur die politischen Ausbeuter der Massen.

Aber viele fortgeschrittene Arbeiter gehen aus Mangel an Alternative schon gar nicht mehr zum Wählen. Dies zeigt die Wahlbeteiligung von ca. 50% (!) ganz deutlich.

Dafür werden die Stimmen derjenigen immer lauter, die nach einer Arbeiterpartei rufen, die sich auf die Gewerkschaftsorganisationen stützt. Die Elektrikergewerkschaft (UEW) hat diese Forderung bereits gestellt.

Die Gewerkschaftsbürokratie des Dachverbandes AFL/CIO hat in einer massiven Propaganda-Kampagne die Mitglieder aufgerufen, Carter zu wählen und ihm damit zum Sieg verholten. Dies wird in Zukunft nicht mehr möglich sein, wenn sich andere Gewerkschaften dem Ruf nach einer Arbeiterpartei anschließen werden. Eine amerikanische Arbeiterpartei würde auf einen Schlag das gesamte Kräftegleichgewicht im Land umwälzen. In sehr kurzer Zeit könnte sie Millionen Unterdrückter - Arbeiter, farbige Minderheiten, Hausfrauen, kleine Farmer - hinter sich vereinen. Dies wäre der erste Meilenstein auf dem Weg zu den sozialistischen Staaten von Nordamerika.

von unserem amerikanischen Korrespondenten

Inflationsrate im September von 17,4%, einem Außenhandelsdefizit 1975 von 2300 Milliarden Lire (6,5 Milliarden Mark) und einem Staats-Haushaltsdefizit von 32,2 Milliarden DM

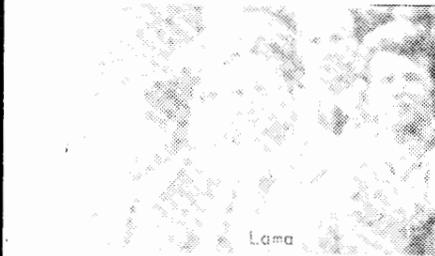
ist die Wirtschaft Italiens auf kapitalistischer Basis nur auf Kosten der Arbeiter zu retten. Das Programm sah vor, Steuern sowie Post- und Bahntarife zu erhöhen und die alle drei Monate fällige Teuerungszulage für jene Arbeitnehmer, die mehr als 22.400,- DM pro Jahr verdienen, auszusetzen. Auch sollte der Benzinpreis auf 500 Lire (1,40 DM) pro Liter Super erhöht werden.

Die Kommunistische Partei und die italienischen Gewerkschaften stimmten diesem Programm zunächst zu. Als aber eine Welle von Kritik und wilden Streiks unter den Arbeitern ausbrach, rief ihnen der kommunistische Gewerkschaftschef Lama zu: "Ihr habt bei den Wahlen vom 20. Juni das italienische Rad nach links gedreht. Ihr habt euren Machtraum entscheidend ausgeweitet und darin müßt ihr mit eurem Opfer die Arbeitsplätze konsolidieren. Euer Sieg ruht in der Ordnung, mit der ihr die Krise bezwingt." (Stuttgarter Zeitung, 14.10.76)

STREIKS

Lamas Aussage war eine Reaktion auf die Bewegung der Arbeiter, die sich nicht nur gegen die Regierung Andreotti richtete, sondern auch gegen die Politik der Gewerkschaften und der KPI. Am 15. Oktober berichtete die Stuttgarter Zeitung: "Norditalien Industriestreik. In der Lombardei, in Piemont und Ligurien legten am Mittwoch und Donnerstag Zehntausende Arbeiter in regelmäßigen Abständen die Arbeit nieder und scharrten sich um ihre Aktionsausschüsse. Sie fordern 'Arbeitermacht'. Die offiziellen Gewerkschaften haben fast überall die Zügel aus der Hand verloren. Sie werden des Verrats bezichtigt. Sie hätten die Arbeiter in Bausch und Bogen an das System verkauft."

Am Mittwoch, 13. Oktober, war ganz Turin in einen vierstündigen Generalstreik getreten. "In allen Betrieben Norditaliens debattieren die Belegschaften über die Ausrottung eines nationalen Generalstreiks.... In tausenden Betriebsversammlungen nannte man Lama einen scheinheiligen Bonzen, der sich an das System verkauft habe und die Volksmassen mit verkaufen wolle." (Stuttgarter Zeitung 14.10.76)



In dieser Situation waren die Gewerkschaftsführer gezwungen, sich an die Spitze dieser Bewegung zu stellen, um die Gefahr zu vermeiden, daß die Basis sie ganz umgeht. Am Donnerstag, den 14. Oktober, sagte Lama eine Generalstreikserie an, mit der die Unruhe der Arbeiter in "legitime Kanäle" geleitet werden sollte, erklärte aber gleichzeitig, daß die legitime Gewerkschaftsaktion keineswegs Andreotti stürzen wolle. Ihr Ziel sei allein, eine "gerechtere" Verteilung der Opfer zu erwirken. Mit anderen Worten: wir streiten mit den Unternehmern und ihren Vertretern in der Regierung nicht darüber, daß Opfer von den Arbeitern notwendig sind. Die Frage ist nur, wie groß diese Opfer sein müssen!

Ein neues "Alternativ"-Programm der Gewerkschaften, das von der kommunistischen CGIL, der sozialistisch-republikanischen UTL und der katholischen CISL verfaßt wurde, sah lediglich eine "ge-

rechtere Verteilung der notwendigen Stabilitätsoffer vor"! Die Kürzungen des privaten Verbrauchs wurden in dem neuen Plan akzeptiert, wie auch eine Begrenzung der Fleischimporte.

ARBEITERPARTEIEN

In den Reihen der KPI ist es auch zu offenen Konflikten durch diese Ereignisse gekommen. Die Partei wurde gezwungen, neue Vorstellungen zu dem Sparprogramm der Regierung zu entwickeln, um ihre Basis nicht zu verlieren, obwohl der rechte Flügel unter Amendola weiterhin Notmaßnahmen fordert, die über die der Regierung noch hinausgehen. Die Maßnahmen der Regierung reichten zur Bekämpfung der Krise nicht aus, sagte Amendola. Die Auffassung des Generalsekretärs Berlinguer unterscheidet sich kaum von dieser Aussage:

"Die PCI setzt sich energisch für eine Politik der Sparsamkeit ein, doch diese Sparsamkeit muß sozial gerecht praktiziert werden." Es ist aber nicht die Aufgabe der Gewerkschaften und der kommunistischen Partei, das leidende und bankrotte kapitalistische System auf Kosten der Arbeiter aufrecht zu erhalten und zu retten. Vielmehr ist es die Pflicht der Organisationen der Arbeiterklasse, die Interessen und den Lebensstandard der Arbeiter zu fördern. Auf kapitalistischer Basis kann es nur weiterhin das Elend von Arbeitslosigkeit, Inflation, Armut und sinkenden Lebensstandard geben.

Die italienischen Arbeiter sind seit Jahren aber entschlossen, dieses barbarische und ungerechte System zu beseitigen. Auf der Grundlage der Verstaatlichung der Großkonzerne, der Banken und Versicherungen und der demokratischen Planung der Wirtschaft durch die Arbeiter selbst wäre es durchaus möglich, innerhalb kürzester Zeit, Arbeitslosigkeit, Inflation und Wohnungsnot in das Reich der Fabel zu verweisen.

Ein solches konsequentes sozialistisches Programm muß auch das Programm der kommunistischen und sozialistischen Parteien Italiens werden. Die Geschichte Italiens hat gezeigt, daß wenn die Führer der Arbeiterklasse nicht im Stande sind, die Hoffnungen und Bestrebungen einer kämpferischen Arbeiterklasse bis zum endgültigen Sieg zu verwirklichen, daß dann die wild und wütend gewordenen Besitzer der Industrie und ihre Freunde in der Armee und im Staat zu gewaltsamen Maßnahmen greifen werden, um mit den Arbeitern und ihren Organisationen fertig zu werden.

1920 besetzten die italienischen Arbeiter überall ihre Fabriken und forderten die Übernahme der Macht. Das Versagen der Führer der sozialistischen Partei und der Gewerkschaften in dieser Situation, ihre Weigerung, diese Bewegung bis zum Schluß durchzuführen durch die Bildung einer Regierung der Räte und Komitees, die von den Arbeitern spontan gebildet worden waren, bereitete den Weg für Reaktion und Faschismus vor, der die Organisationen der Arbeiterklasse gewaltsam niederschlug.

REAKTION

In den letzten Jahren hat es in Italien eine Reihe von Angriffen auf Gewerkschafts- und Parteibüros gegeben. Mehrere Male in den letzten 15 Jahren haben sich Teile der herrschenden Klasse überlegt, ob es nicht angebracht wäre, eine "starke Regierung" durch Militärputsch der Bevölkerung aufzuzwingen.

Diese Überlegungen wurden einzig und allein wegen der Stärke der italienischen Arbeiterklasse vorläufig vertagt. Die Arbeiter Italiens sind heute die große Mehrheit der Bevölkerung. Durch die schnelle industrielle Entwicklung des Landes seit dem Kriege sind sie auch stärker als je zuvor. Die Unternehmer und ihre Vertreter wissen nur zu gut, daß ein Versuch, die Arbeiter gegenwärtig mit Gewalt zu unterdrücken, nur zum Bürgerkrieg führen könnte.

Eine friedliche Revolution ist aber in Italien durchaus möglich. Die Arbeiter haben in den letzten Jahren und Wochen gezeigt, daß sie bereit sind zu handeln. Jetzt liegt es nur an ihrer Führung, dementsprechend zur Tat zu schreiten! Die KP und SP müssen ein Gesetz im Parlament einbringen, das die Verstaatlichung der Großkonzerne und Banken vorsieht. Wenn dieses Gesetz abgelehnt wird, müssen sie die Macht der Arbeiter mobilisieren, um Neuwahlen auf Basis ein solches Programms zu erzwingen. Nur die Durchführung eines solchen Programms kann die Krise der italienischen Gesellschaft lösen! Nur dieses Programm kann die Interessen der italienischen Arbeiter vertreten!

Keine Kompromisse mit den Parteien des Kapitals!

Für eine KP/SP- Regierung!

Für die Verstaatlichung der Banken und Großkonzerne!

Für Arbeiterkontrolle und eine demokratische Planwirtschaft!

Für ein sozialistisches Italien!



ARBEITERPARTEI

Der große Geschäftsmann Jimmy Carter wurde zum neuen US-Präsidenten gewählt. Seine Stimmen bekam er hauptsächlich von ärmeren Einkommensschichten, den Industriearbeitern, Schwarzen und den kleinen Farmern des Südens. Sie glaubten seinen Versprechen, große Sozialreformen durchzuführen.

- Eine Steuerreform sollte das System abschaffen, das den Anteil der Reichen und großen Monopole am Steueraufkommen von Jahr zu Jahr senkte und den der Arbeiterklasse ständig erhöhte.
- Er wollte die Arbeitslosigkeit beseitigen.
- Er versprach, einen nationalen Gesundheitsdienst einzuführen.
- Er gelobte, die Bürokratie zu verringern.

Carter wird diese Versprechen nicht einhalten. Spätestens in 2 Jahren werden wieder Bilanz ziehen müssen. Schon jetzt leben 26 Millionen Amerikaner unter dem offiziellen Existenzminimum, was ca. \$ 2500 pro Jahr beträgt.

1960 waren 10% der Schulkinder arm genug, damit sie kostenlose Mahlzeiten in der Schule empfangen durften. HEUTE "QUALIFIZIEREN" SICH DAFÜR 51%!

Die Arbeitslosigkeit beträgt offiziell 7,8%, nach Gewerkschaftsschätzungen sind es eher 10%.

Die Produktionskapazitäten der amerikanischen Industrie sind momentan nur zu 73% ausgelastet.

Eine demokratische sozialistische Planwirtschaft allein könnte das gigantische Potential der fortgeschrittenen Industrienation der Erde ausnützen und ein für alle mal Armut und Unterdrückung beseitigen.

UNGARN 1956

VOR ETWAS MEHR ALS 20 JAHREN, IM OKTOBER 1956, ERHOB SICH DAS UNGARISCHE VOLK, UM EINE ECHTE ARBEITERDEMOKRATIE ZU ERKÄMPFEN. 40 JAHRE LANG WAR ES UNTERDRÜCKT WORDEN, ZUERST DURCH DIE BRUTALE MILITÄRDIKTATUR ADMIRAL HORTHYS, DANN DURCH DIE STALINISTISCHE BÜROKRATIE NACH DEM KRIEG. IN EINER GROSSARTIGEN DEMONSTRATION DER KAMPFKRAFT DER ARBEITERKLASSE FÜHRTE DIE UNGARISCHE MASSEN INNERHALB VON 3 WOCHEN 2 GENERALSTREIKS UND 2 BEWAFFNETE AUFSTÄNDE DURCH. BEVOR DIESE REVOLUTION DURCH RUSISCHE PANZER IN BLUT ERTRÄNKT WURDE? HATTEN DIE UNGARISCHEN ARBEITER IM ANSATZ ALLE DIE GRUNDSÄTZE UND EINRICHTUNGEN WIEDERERRICHTET, DIE SCHON LENIN FÜR EINEN DEMOKRATISCHEN ARBEITERSTAAT GEFORDERT HATTE. DIE UNGARISCHE ERFAHRUNG DIESER TAGE ENTHÄLT FÜR SOZIALISTEN AUF DER GANZEN WELT WICHTIGE LEHREN, DIE NIE VERGESSEN WERDEN DÜRFEN.

Nach dem 2. Weltkrieg wurden in Ungarn - wie in ganz Osteuropa - eine Koalitionsregierung ("Volksfront") aus bürgerlichen Parteien, der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei aufgestellt.

Die wahre Staatsmacht lag jedoch bei den mächtigsten "bewaffneten Formationen von Menschen" im Lande - also, bei der russischen Roten Armee, die Ungarn als Folge des Kriegsausgangs noch besetzt hielt. Das war die Voraussetzung dafür, daß die KP in Ungarn - wie in ganz Osteuropa - das anwenden konnte, was der Führer der ungarischen KP, Matyas Rakosi, später "Salami-Taktik" nennen sollte.

Vorgeschichte

In Ungarn - und in ganz Osteuropa - wurden die Koalitionspartner der KPs einer nach dem andern und Stück für Stück "abgeschnitten" und aufgelöst oder gleichgeschaltet, bis die Staatsmacht unangefochten in den Händen der KPs lag. Zugleich wurde die Industrie verstaatlicht und begann der Prozess der Kollektivierung der Landwirtschaft.

Überall wurden Regimes errichtet, die im Prinzip ein Spiegelbild Moskaus waren.

In sich war die Errichtung einer Planwirtschaft ein enormer Fortschritt gegenüber der früheren Situation. Alle Sozialisten müssen dies begrüßen und unterstützen. Auch die Arbeiter und Bauern unterstützten diese Maßnahme z.T. begeistert durch Massendemonstrationen. Aber wo sie begannen, sich unabhängig zu bewegen und versuchten, echte Kontrolle auszuüben, wurde dies sofort von der Roten Armee erstickt.

Die ungeheueren Entwicklungsmöglichkeiten einer rational geplanten Wirtschaft wurde durch die verschwendende Mißwirtschaft einer korrupten Bürokratie in sehr engen Schranken gehalten.

„Entstalinisierung“

Im März 1953 starb Stalin. Nach einer kurzen Periode von Verwirrung und Machtkämpfen innerhalb der herrschenden Bürokratie begann der Prozeß der "Entstalinisierung" in Osteuropa. Die Bürokratien merkten, daß die brutalen Methoden zur Unterdrückung, wie sie in der Vergangenheit angewandt wurden, die Arbeiter und Bauern nur provozieren würden.

So begannen sie überall, den Druck zu lockern. Eine Politik kleiner Konzessionen und eine gewisse "Liberalisierung" - mit der geballten Faust immer noch im Hintergrund - wurde als der sichere Kurs betrachtet.

Aber schon 3 Monate nach Stalins Tod wurde die DDR von einem Generalstreik erschüttert - verursacht durch drastische Erhöhung der Produktionsnormen.

Zickzacks...

Aus Angst vor ähnlichen Ereignissen in Ungarn - Anzeichen dafür gab es schon! - setzten die russischen Führer die ungarische Bürokratie unter Druck, noch mehr Zugeständnisse zu machen.

Rakosi (beim Volk verhaßt wegen seiner Verbindung mit dem Stalinismus) wurde als Ministerpräsident durch Imre Nagy ersetzt. Dieser genoß im Volk als Repräsentant eines liberaleren Flügels der Bürokratie enorme Sympathien, weil er sich früher den stalinistischen Terrormethoden Rakosis widersetzt hatte. Er war auf keinen Fall ein "radikaler Reformist" - aber er wurde in den Augen der Arbeiter und Bauern mit den kleinen und begrenzten Reformen identifiziert, die nun stattfanden.

Doch schon 1955, aus Angst vor einer größeren Bewegung, die diese Reformen in Gang setzen könnte, wurde Nagy wieder durch Hegedüs ersetzt und kurz danach sogar aus dem Politbüro und der Partei ausgeschlossen. Das Regime wurde wieder repressiver. Aber alle Zickzacks und Manöver waren wirkungslos, die Saat der zukünftigen Ereignisse keimte bereits.

Intellektuelle

Wie schon so oft in der Geschichte spiegeln sich gesellschaftliche Spannungen zuerst bei den Intellektuellen und Mittelschichten wieder. Bewegungen dieser Teile der Gesellschaft sind nur Vorzeichen der großen Bewegungen der Arbeiterklasse.

In Ungarn wurde dies im sogenannten "Petöfi-Kreis" ausgedrückt. Er wurde im April 1956 durch die studentische Jugendorganisation der KP (DISZ) gegründet, die mehr literarische Freiheit anstrebte. Bald nahm auch der

Schriftstellerverband an seinen Aktivitäten teil. Die Kritik wurde immer radikaler, erste konkrete Forderungen wurden laut. Der Petöfi-Kreis begann Versammlungen abzuhalten, die von 1000den Leuten besucht wurden.

20. Parteitag

Im Februar 1956 hielt Chruschtschow auf dem 20. Parteitag der KPdSU seine berühmte "Entstalinisierungsrede". Er enthüllte den Mangel jeglicher Demokratie, die nationale Unterdrückung der Nicht-Russischen Völker der UdSSR, den Terror gegen die Arbeiterklasse, die Zwangsverschickung von Millionen nach Sibirien und die Diktatur einer Clique, die sich einer ungezügelten Geheimpolizei bediente.

Er versuchte jedoch, die Schuld für die Verbrechen der ganzen Bürokratie auf die Schultern eines einzigen Vertreters dieser Kaste-Stalin-zu laden.

So kam auf verzernte Art und Weise ans Licht der Wahrheit, was Trotzki schon Jahrzehnte zuvor enthüllt hatte.

Diese Rede sollte Widerhall finden durch den gesamten Stalinistischen Block und die KPs der ganzen Welt hindurch.

...und Zickzacks

Die ungarische Bürokratie war gespalten. Sie machte kleine Zugeständnisse. Jetzt wurde Rakosi als 1. Sekretär der Partei durch Ernst Gerö ersetzt. Laszlo Rayk, ein Parteiführer der 40er Jahre, wurde rehabilitiert.

Er war nach einem Schauprozeß hingerichtet worden - aufgrund von Beschuldigungen, daß er "Agent von Tito, der Gestapo und des FBI" gewesen sei. Nach jetzigen Angaben Rakosis war er jedoch nur das "Opfer eines Justizirrtums" gewesen.

Nichts konnte den Bankrott des Regimes offener zeigen. Diese Zugeständnisse ermutigten die Bewegung jedoch noch mehr. "Der Appetit wächst mit dem Essen". Rayks Leichnam wurde wieder ausgegraben. An seiner ordentlichen Beerdigung am 6. Oktober nahmen 20000 Menschen teil. Die Arbeiterklasse begann sich in Bewegung zu setzen. In den Fabriken wurden Forderungen nach Arbeiterkontrolle und unabhängigen Gewerkschaften laut.

Polen

Die Ereignisse, die kurz vorher in Polen stattgefunden hatten (siehe letzte Ausgabe von VORAN!), zeitigten ihren Einfluß auf das kommende Geschehen. Im Juni hatten die Arbeiter von Poznam einen Aufstand gemacht. Anfang Oktober wurden die Gerichtsurteile gegen die beteiligten Arbeiterführer in der ganzen Ostblockpresse bekanntgegeben! Gleichzeitig sickerte durch, daß in Polen die Polizei auf unbewaffnete Arbeiter gefeuert hätte.

Am 21. Oktober wurde Gomulka zum 1. Sekretär der polnischen KP ernannt. Dies war ein Sieg für den nationalistischen Flügel der Bürokratie, die aus den Ereignissen Kapital schlug.

Nichtsdestoweniger wurde dies von den polnischen Arbeitern als Erfolg gefeiert. Das ungarische Volk wurde dadurch noch zusätzlich angefeuert.

Demonstrationen

Am 22. Oktober fanden in Budapest eine Reihe von Studentenversammlungen statt. An der Technischen Hochschule wurde eine Liste mit 16 Forderungen verabschiedet, die später alle eine Rolle während des Aufstandes spielten.

"Zur Unterstützung des polnischen Volkes" rief der Petöfi-Kreis für den 23. Oktober zu einer Demonstration in Budapest auf. Die Bürokratie war in einem unlösbaren Dilemma. Von jetzt an überstürzten sich die Ereignisse. Zuerst wurde die Demonstration erlaubt, dann wieder verboten.

Während die Demonstration am frühen Nachmittag schon im Gange war, wurde das Verbot der Demonstration wieder aufgehoben. Überall wurde ein Manifest des Schriftstellerverbandes und die Forderungen der Studenten verlesen.

Überall waren ungarische Fahnen und Spruchbänder zu sehen, die Freiheit forderten, und Solidarität mit dem polnischen Volk ausdrückten.

Als die Versammlung vorbei war, war die Menge immer noch unzufrieden. Einige gingen nach Hause, aber die meisten machten sich auf den Weg zum Parlamentsgebäude, wo sie ihre Forderungen vortragen wollten, ungefähr 2 Kilometer entfernt.

Schüsse

Um 6 Uhr abends waren 200 - 300000 Menschen schweigend auf dem Platz vor dem Parlamentsgebäude versammelt. Die Stimmung war gut und ruhig.

Über Radio hörten viele die Rede Gerös, des 1. Parteisekretärs. Er war kurz zuvor von einem Staatsbesuch aus Jugoslawien zurückgekommen. Die Menge erhoffte



sich Zugeständnisse bezüglich ihrer Forderungen als Ergebnis der Rede. Statt dessen sahen sie ihre Demonstration und ihre Wünsche aufs schwerste angegriffen und denunziert. Die Menge war entrüstet. Jemand schlug vor, eine Delegation in die Sádor-Straße zur dortigen Rundfunkstation zu schicken, um dort ihre Forderungen senden zu lassen, und Gerös Ausfälle zurückzuweisen.

Gesagt-Getan! Eine große Menge setzte sich in Bewegung.

Am Radiogebäude stellt sich der Menge eine Mauer schwerbewaffneter AVH-Leute in den Weg - die verhaßte Sicherheitspolizei. Eine Delegation wird erlaubt, mit dem Radiodirektor zu verhandeln - erfolglos. Sie bleibt für weitere Verhandlungen. Eine Stunde und eine halbe ziehen sich hin. Die Menge beginnt unruhig zu werden. Sprechchöre werden laut.

Gerüchte machen den Umlauf, die Delegation sei verhaftet worden. Ärgerliche Rufe nehmen zu. Die Menge drängt vorwärts.

Sie wird mit Tränengas empfangen. Erste Schüsse fallen. Einige Demonstranten stürzen zu Boden.

Jetzt gibt es keine Umkehr mehr. Die ungarische Revolution hat begonnen.

Generalstreik

In den Arbeiterdistrikten Budapests hatte gerade die Nachtschicht begonnen, als die ersten telefonischen Meldungen über die Schüsse eintreffen. Sofort machen sich Lastwagen voll Arbeiter auf den Weg zum Stadtzentrum. Arbeiter der Waffenfabriken transportieren Lastwagenladungen voll Gewehre und Pistolen zum Radiogebäude.

Sympathisierende Polizisten schließen sich an und einzelne Soldaten übergeben ihre Waffen. In vielen Fällen werden ihnen Kasernen geöffnet, wo sich das Volk in den Lagern mit Waffen - meist jedoch ohne Munition - versorgt.

Nach einigen Kämpfen wird das Radiogebäude eingenommen. Schon um 1 Uhr morgens haben die Aufständischen die Kontrolle über die Hauptstadt. Die meisten Parteigebäude sind besetzt. Meist wird keine Opposition angetroffen.

Die herrschende Bürokratie hat jeden Halt verloren. Sie hängt ohne Basis in der Luft. In dieser Situation versucht sie verzweifelte Manöver. Imre Nagy wird wieder zum Premierminister ernannt - entsprechend einer der 16 Forderungen. Viele der Demonstranten haben Illusionen in ihn. Kurz darauf wird Gerö fallengelassen. Er wird durch Janos Kadar ersetzt, ein Parteiführer der 40er Jahre, der unter Rakosi eingekerkert und gefoltert worden war.

Mit endgültigem Sturz oder Verlust der Macht bedroht, hatte die Bürokratie - ob "liberal" oder "konservativ" - keine Wahl.



1. Intervention

Um 8 Uhr morgens (24. Oktober) kündigt das Radio an, das russische Truppen des Warschauer Paktes, die in Ungarn stationiert waren, aufgefordert worden seien, die "Ruhe und Ordnung" wiederherzustellen.

Nichtdestoweniger drangen von diesem Zeitpunkt an russische Panzer in die Hauptstadt ein. In der Nähe des Zentrums, bei den Kilian-Kasernen und am Corisinkino beginnen die ersten Kämpfe. Sie ziehen sich den ganzen Tag über hin.

Waffen

Welche Waffen verwendete das ungarische Volk, um gegen die übermächtigen russischen Truppen vorzugehen? Sie hatten ja nur ein paar kümmerliche leichte Waffen und Maschinengewehre erbeutet.

Die militärische Hauptwaffe war das "Molotow-Cocktail", eine selbstgebastelte Benzinbombe, die mit erfindarischer Begabung und viel Mut von den ungarischen Kämpfern verwendet wurde.

Am Szeda-Platz erbeuteten die Revolutionäre große Mengen Seide aus Läden, in denen nur höhere Funktionäre einkaufen durften. Diese breiteten sie auf dem Boden aus, trankten sie mit Öl und Benzin und beobachteten, wie die russischen Tanks hilflos auf dem Platz umherrutschten - leichte Opfer für die Molotow-Cocktails.

Aber die Revolutionäre hatten eine Waffe, die tausendmal stärker war - den Klassenappell, den sie an die gegnerischen Kräfte richteten.

In der Nacht zum 24. schon, als ungarische Verstärkung zum Radiogebäude geschickt worden war, war ein älterer Arbeiter auf einen Lastwagen gesprungen und hatte einige Zeilen aus einem bekannten ungarischen Gedicht vorgetragen:

"Schieß nicht, mein Sohn, denn ich werde unter der Menge sein."

Die Truppen zögerten zuerst - dann schlossen sie sich der Revolution an.

Ungarische Armee

Die Besetzung der Kilian-Kaserne ging geschlossen auf die Seite der Revolution über. Ihr Kommandant Pál Maléter spielt bei den folgenden Ereignissen eine große Rolle.

Der Chef der Budapester Polizei war Sándor Kopacsi. Ihm war erzählt worden, daß alle Aufständischen "Konterrevolutionäre, Faschisten und imperialistische Agenten" seien. Aber alle, die er eingesperrt hatte, waren normale Arbeiter gewesen - wie er auch einmal selbst.

So befahl er am Mittag des 24. die gesamte Budapester Polizei auf die Seite der Revolution.

Es springt ins Auge, daß während der gesamten Kämpfe keine einzige ungarische Einheit gegen die Revolution kämpfte. Viele dagegen kämpften an ihrer Seite!

Auch russische Truppen bleiben von dem Virus nicht verschont. Als die Tanks einfahren, springt eine alte Frau erregt auf einen von ihnen. "Wir wollen Euer Land doch auch nicht besetzen, aber was macht Ihr mit uns?" ruft sie. Ein russischer Offizier rückt den Kopf aus der Luke. Er zaudert. Dann sagt er plötzlich: "Ich weigere mich, auf Frauen und Kinder zu schießen." Und er bietet sich, die Leute überallhinzuholen, wo sie es wünschen.

In einigen Fällen - wie in Debrecen - ziehen sich die russischen Truppen zurück, nachdem sie mit Vertretern der Arbeiter verhandelt haben.

KAMPF FÜR DIE ARBEITERDEMOKRATIE

Arbeiterräte

Der bedeutendste Aspekt der ungarischen Revolution war die Entwicklung demokratischer Arbeiterinstitutionen.

Am 24. morgens beginnt der Streik in Budapest. Zwei Tage später ist das ganze Land durch Generalstreik lahmgelegt.

Der erste Arbeiterrat wird am Mittwoch, dem 24. in der Budapest "Vereinigten Lampenfabriken" gewählt. Am 26. existieren solche Räte fast überall: In Fabriken, Bergwerken, Schulen, Universitäten, Büros, Krankenhäusern, Regierungen, Banken, Eisenbahnen, auf Farmen, und nicht zuletzt in der Armee.

Ein Arbeiter beschreibt den Rat seiner Fabrik: "Wir wählten einen Arbeiter mit ca. 25 Mitgliedern und beschlossen sofort zu streiken. Die Nagy-Regierung brachte nur verwirrende Erlasse heraus. Deshalb erkannten wir sie nicht an.... Jede Fabrikabteilung schickte 2 bis 3 Leute in den Rat und genauso taten es die Verwaltungs-Departments. Als Folge waren 20 der 25 Ratsmitglieder Arbeiter."

Das höhere Management wurde sofort entlassen, nur die Techniker und Kaufleute gehalten. "Produktionsnormen" wurden abgeschafft. Die "Verhaltensberichte" über das Personal-sogenannte "weiße Karten" - wurden vernichtet.

In vielen Fällen wurden neue Pläne aufgestellt, um die Kosten zu senken, die Produktion zu steigern und die Arbeitszeit zu verkürzen.

Die Fabrikräte begangen sich sofort zu "Revolutionsräten" zusammenzuschließen. Normalerweise wurden sie von den Delegierten der Fabrikräte und anderen repräsentativen Körperschaften gewählt.

Die wichtigsten Räte waren der Rat von Groß-Budapest und der Transdanubische Nationalrat. Der letztere vertrat die gesamte Region südwestlich der Donau, mehr als 1/3 des ungarischen Gebietes. Es wurde am 30. Oktober in Győr von mehr als 400 Delegierten gegründet, wobei 4 Delegierte pro Bezirk und 2 pro Stadt zugelassen waren.

Lenins Programm

In vielen Städten wurde von den Aufständischen lokale Radiosender in Betrieb genommen, um ihre Forderungen in Ungarn und der Welt zu verbreiten.

Natürlich gab es wegen der Spontaneität des Aufstands anfangs viele verwirrte Vorstellungen. Zu Beginn wurde beispielsweise noch an die UNO appelliert, die zum Beistand für die "Errichtung einer echten Demokratie auf sozialistischer Grundlage" aufgefordert wurde, aber die dachte natürlich nicht im Schlaf daran, dabei zu helfen.

Wie schnell jedoch sich das Bewußtsein der Beteiligten in der Gluthitze der Revolution entwickelte, zeigt der "Aufruf an die Arbeiter der Welt", der kurz vor der Niederschlagung noch von einigen Sendern gefunkt werden konnte.

Infolge der nationalen Unterdrückung der Ungarn durch die russische Bürokratie nahm der Aufstand zuerst den Charakter eines nationalen Befreiungskampfes an. Dies schlug sich auch in folgenden Forderungen nieder:

➔ Bedingungsloser Rückzug aller russischen Truppen! Auflösung der AVH!

➔ Gleichzeitig wird aber auch betont: Für ungarisch/russische und ungarisch/jugoslawische Freundschaft auf der Basis von Gleichberechtigung!

Am 26. Oktober gab der Nationalrat der Gewerkschaften ein Programm heraus, das wirtschaftliche und politische Forderungen enthielt und das als das Programm der Revolution betrachtet werden kann: neben den Grundforderungen für höhere Löhne, Renten und mehr Wohnungsbau waren folgende Hauptforderungen enthalten:

➔ eine neue, breite Regierung mit Vertretern der Gewerkschaften und der Jugend. Imre Nagy als Ministerpräsident. Freie und geheime Wahlen!

➔ Die neue Regierung muß sofort Verhandlungen über den Rückzug der russischen Truppen aufnehmen!

➔ Um die Ordnung aufrechtzuerhalten sollen Polizei und Armee durch eine Nationalgarde verstärkt werden, bestehend aus Arbeitern und Jugendlichen!

➔ Errichtung von Arbeiterräten in allen Fabriken, um

- a) Arbeiterkontrolle zu errichten
- b) eine radikale Umwandlung des Systems der zentralen Planung der Wirtschaft durch den Staat herbeizuführen!

- ➔ 15% Lohnerhöhungen für Löhne unter 800 Frints!
- ➔ 10% Lohnerhöhungen für Löhne unter 1500 Frints!
- ➔ Maximaler Monatslohn von 3500 Frints!

Indirekt war hinzugefügt die Forderung nach Freiheit für alle Parteien, die den Arbeiterstaat und das sozialistische Eigentum anerkennen! Dies wurde in den Resolutionen anderer Arbeiterräte gesagt.

Nie während der gesamten Revolution wurde die Forderung nach einer Rückkehr zum Kapitalismus oder gar Feudalismus laut! Immer wieder wurde betont, daß man an den sozialistischen Errungenschaften festhalten wolle! Die ungarischen Arbeiter hatten so innerhalb von 3 Tagen instinktiv die 4 berühmten Prinzipien als Programm angenommen, die nach Lenin die Bedingungen eines demokratischen Arbeiterstaates sind:

- * 1. Demokratische Wahlen von Komitees zur Verwaltung und Kontrolle der Produktion.
- * 2. Kein stehendes Heer sondern ein bewaffnetes Volk!
- * 3. Kein Funktionär erhält mehr als einen durchschnittlichen Arbeiterlohn!
- * 4. Alle Aufgaben im Staat sollen turnusgemäß von jedem erfüllt werden. Jeder Koch muß Premierminister werden können. Wenn jeder "Bürokrat" ist, ist keiner mehr Bürokrat!

Die meisten einfachen Parteimitglieder, die noch nie an Entscheidungen hatten teilnehmen dürfen, standen an der Spitze der Revolution.



Geheimpolizei AVH

Alles, was blieb, waren ein paar Spitzenfunktionäre und die AVH-Geheimpolizei. Letztere war beim Volk wegen ihrer Spitzeltätigkeit verhaßt und berüchtigt für die Anzahl ihrer Verbrechen. Ähnlich wie die PIDE kürzlich in Portugal wurden die AVH-Agenten von den Revolutionären wie Tiere gejagt. Wenn sie erwisch wurden, prügelte man sie zu Tode oder hängte sie öffentlich auf.

Ein AVH-Offizier verdiente ungefähr den zehnfachen Durchschnittslohn. Selbst ein normaler AVH-Soldat bekam einen dreifachen Arbeiterlohn.

Am 27. Oktober formte Nagy eine neue Regierung unter Einfluß von Nichtmitgliedern der KP. Pál Máléter wurde Verteidigungsminister. Am 28. wurde ein Waffenstillstand ausgerufen. Die AVH wurde aufgelöst, freie Wahlen angekündigt. Am 30. waren die meisten Kämpfe zuende. Verhandlungen über den russischen Rückzug wurden aufgenommen, aber die Arbeiter waren immer noch unruhig, die Panzer warteten ja noch außerhalb der Städte.

Die Taktik der Sowjets war in Wirklichkeit die, Zeit zu gewinnen: einerseits wollten sie in aller Eile frische Truppen herbeischaffen - hierzu waren sie auch von China aufgefordert worden! - andererseits verhandelten sie mit einem Teil der Regierung geheim (Kádár) um eine pro-sowjetische Regierung vorzubereiten.

...und 2. Invasion

Die Befürchtungen der Arbeiter waren wohl begründet. Am Morgen des 4. November wurden die Budapest durch das Rasseln schwerer Kettenfahrzeuge aus dem Schlaf gerissen, die auf den Hauptstraßen ins Zentrum vorstießen.

Am längsten verteidigten sich die Fabrikbezirke.

Im Süden von Pécs hielt es eine Bergarbeiter-Miliz noch drei Wochen aus.

Die sowjetischen Truppen waren frisch und von den vorherigen Kämpfen noch unberührt. Sie waren aus der fernen Mongolei herangekarrt worden und sprachen schlecht russisch und kein ungarisch. Ihnen wurde erzählt, sie seien in Berlin, um gegen die Nazis zu kämpfen; oder in Ägypten, um gegen französische und britische Truppen zu kämpfen! Die Donau sei der Suez-Kanal!

„Faschistische Verschwörung“?

Zugleich hatten die Sowjet-Führer in Janos Kádár ein williges Werkzeug gefunden. Um 5 Uhr morgens verkündete er die Bildung einer neuen Regierung und erklärte Nagy für abgesetzt. Wenige Stunden zuvor hatte er ihn noch unterstützt, und in einer Rede die Ziele der Revolution verteidigt.

Er erklärte, er hätte die "russischen Brüder zur Hilfe gerufen, um die konterrevolutionäre Gefahr zu bekämpfen und Faschismus und Reaktion zu besiegen".

Ein bitterer Witz kursierte daraufhin in Ungarn: "Bis auf zehn Millionen konterrevolutionäre Feudalherren, Fabrikbesitzer, Bankiers, Grafen, Kardinäle und Faschisten, bleiben die ungarischen Arbeiter loyal zur demokratischen Volksrepublik. Deshalb bilden alle 6 von ihnen jetzt die neue Kádár-Regierung."

Auch heute noch ist die offizielle Erklärung des Aufstandes, daß der Imperialismus ihn mit Hilfe von faschistischen Agenten angezettelt und organisiert hätte. Zwei Generalstreiks und zwei Aufstände innerhalb von drei Wochen! Warum? Nur um Kapitalismus und Feudalismus wiederherzustellen? Was für offensichtliche Lügen!!

Die Ironie der Geschichte will es, daß nicht einmal die "konterrevolutionären Elemente", auf die sie zeigte, irgendeine Hoffnung auf Restauration hatten. Béllá Kovács, Vorsitzender der am 31. Oktober wiedergegründeten unabhängigen kleinen Landwirte-Partei, stellte bei der Gründungskonferenz fest:

"Niemand sollte davon träumen können, in die Welt der Bankiers und Kapitalisten zurückzukehren. Diese Welt ist endgültig vergangen!"

Nicht einmal der reaktionäre Kardinal Mindszenty bat um die Rückgabe der riesigen Güter der katholischen Kirche.

In Perioden des politischen Umsturzes wird auch der Bodensatz der Gesellschaft aufgeführt. So versuchten natürlich auch in Ungarn dubiose Elemente, Einfluß zu gewinnen. Nach Beginn des Aufstandes kamen ehemalige Horthy-Anhänger zu Hunderten aus dem Exil zurück. Ihre Ziele waren offensichtlich. Sie scheiterten genauso, wie die Aufrufe von "Radio Freies Europa" die ohne Echo verhallten. Die Oktoberrevolution war ja auch nicht "konterrevolutionär", nur weil zu einer gewissen Zeit die "Schwarzen Hundert" auftraten. Der zentrale Arbeiterrat von Groß-Budapest betonte: "Wir werden unsere Freiheit und unser Vaterland verteidigen vor kapitalistischer und feudalistischer Restauration, wenn nötig auf Kosten unseres Lebens!"

Politische Revolution

Das präziseste Urteil über die Ereignisse stammt von Peter Fryer, dem Korrespondenten der englischen KP-Zeitung "Daily Worker":

"Dies war keine Konterrevolution, die von Faschisten und Reaktionären organisiert war. Es war der Aufstand eines ganzen Volkes, an dem einfache Kommunisten teilnahmen, gegen eine Polizeidiktatur die als sozialistische Gesellschaft verkleidet war - eine Polizeidiktatur, die nur von der bewaffneten Sowjetmacht aufrechterhalten wurde." Fryers Berichte aus Budapest wurden den Lesern und einfachen KP-Mitgliedern verheimlicht.

Militärisch konnten die ungarischen Arbeiter nicht standhalten. Aber in ihren Fabriken waren sie die Herren. Mehrere Versuche, sie zur Arbeit zurückzuzwingen, schlugen fehl. Der Generalstreik hielt noch einige Wochen stand. Tausende Arbeiter wurden in Viehwagen deportiert. An ihre Stelle traten in den Fabriken neue. Die russischen Truppen mußten den Betrieb der Eisenbahnen selbst in die Hand nehmen. Kein ungarischer Arbeiter rührte einen Finger.

Die Bewegung machte immer noch Fortschritte. Am 13./14. November wurde der Zentralrat der Arbeiter von Groß-Budapest gewählt. Kádár verhandelte mit ihm. Als Zeichen seines guten Willens stimmte der Rat zu, am 19. die Arbeit wieder aufzunehmen. Er behielt sich jedoch das Streikrecht vor, falls seine Forderungen nicht erfüllt würde.

Trotz Regierungsverbot wurde am 21. November ein nationaler Arbeiterrat gegründet, wie es einzelne Räte schon drei Wochen vorher verlangt hatten. Er tagte inoffiziell unter dem Namen des Groß-Budapester Rates.

Die ungarischen Arbeiter hatten ein oberstes Organ ihrer Macht geschaffen.

Aus Protest gegen die Auflösung der Räte führten die Arbeiter einen vollständig befolgt 48stündigen Generalstreik durch. Daraufhin wurden alle Räte, die oberhalb der Fabrikebene existierten, von der Regierung für illegal erklärt.

Der Vorsitzende des Groß-Budapester Rates, der 24jährige Werkzeugmacher Sándor Rázs und der Sekretär Sándor Bali, wurden während Verhandlungen verhaftet. Säuberungen fanden statt und Massenverhaftungen, darunter die des gesamten Budapester Rates. Danach wurden Versuche unternommen, die Räte unterzuordnen und in Regierungsinstitutionen umgewandelt weiterbestehen zu lassen. Aber lieber lösten die Arbeiter sie selbst auf, als daß sie die Räte gegen sich benutzen ließen.

Der Rat in Csepel, dem Herz der Schwerindustrie Budapests, gab folgende Erklärung heraus:

"Wir sollen keine andere Rolle haben als die Regierungsbefehle auszuführen; aber wir können keine Befehle ausführen, die gegen unsere Überzeugung sind ... Wir sind in der gegenwärtigen Situation nicht in der Lage, die Wünsche unserer Kollegen zu erfüllen. Darum sollten wir unsere Genossen durch unsere Existenz nicht auf den falschen Weg führen. Deshalb geben wir unser Mandat an die Arbeiter zurück."

Obwohl der Aufstand niedergeschlagen wurde, setzten sich Streiks und Bummelstreiks im ganzen Land noch ein volles Jahr fort.

Nagy, Máléter und andere Führer wurden exekutiert, nachdem sie mit falschen Versprechungen aus der jugoslawischen Botschaft gelockt worden waren, in der sie Zuflucht gefunden hatten. Die ungarische Revolution wurde nur durch die Intervention von 200.000 ausländischen Truppen auf Kosten von 20.000 Menschenleben besiegt. Ihr Beispiel übertrifft noch die Pariser Kommune von 1871 und reicht an die Oktoberrevolution von 1917 heran.

Die Errichtung einer echten Arbeiterdemokratie hätte auch den anderen stalinistischen Regimes ein rasches Ende bereitet. Den Arbeitern im Westen wäre es ein leuchtendes Vorbild gewesen. Das Wort "Sozialismus" hätte den Schmutz verloren, der an ihm hängt. Deshalb hütete sich der Westen natürlich davor, den so heuchlerisch bejubelten und gefeierten "Freiheitskämpfern" zur Seite zu stehen.

Eine der wichtigsten Lehren von 1956 ist die spontane Art und Weise, auf die die Arbeiter nach echter sozialistischer Demokratie strebten. Zweifellos strebten sie gegen Ende der Periode auch nach der Verwirklichung einer neuen Partei.

Die Aufgabe einer solchen Partei wäre der Kampf für eine nationale Regierung gewesen, die von den Räten gewählt wird - mit allen demokratischen Sicherheiten wie Recht auf Rückruf und durchschnittlichem Lohn für alle Funktionäre und Beamten. Sie müßte ein internationalistisches Programm an die Arbeiter von Osteuropa und der Welt richten. In ihrem Programm müßte das Ziel eines Weltbundes sozialistischer Staaten enthalten sein.

Die ungarischen Arbeiter werden eines Tages die Macht zurückfordern, die sie schon in Händen hielten. Sie werden eine echte Arbeiterdemokratie errichten, die frei von den Entartungen des Stalinismus ist. Bis dahin wird 1956 als ein Denkmal im Kampf der Weltarbeiterklasse stehen.

Wie die jüngsten Ereignisse in Polen (Siehe VORAN Nr. 16) gezeigt haben, steht im Ostblock wider die Politische Revolution auf der Tagesordnung. Die ungarische Revolution wurde durch eine russische Invasion erstickt. Aber wer wird die Sowjet-Bürokratie schützen, wenn sich die russischen Massen erheben? In den zukünftigen Kämpfen werden aus den kleinen Diskussionszirkeln, die bereits jetzt im Untergrund bestehen, marxistische Parteien hervorgehen. Diese werden die Revolutionen zum erfolgreichen Abschluß führen. Kurt Pfeifle, München

Wieder liegen die Bundestagswahlen hinter uns, und wieder einmal konnte die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) lediglich einen Stimmenanteil erringen, der dem einer größeren Sekte entspricht, nämlich 0,3 der Zweit- und 0,4 Prozent der Erststimmen. Dies vor einem wirtschaftlichen Hintergrund mit fast einer Million Arbeitslosen, Inflationsrate, hoher Jugendarbeitslosenquote und angegriffenen Reallöhnen, vor dem es gerade denen, die sich als Marxisten bezeichnen, mit einer richtigen Perspektive möglich sein müßte, die Ursachen dieser Entwicklung aufzuzeigen und immer weitere Schichten der Bevölkerung zu einer sozialistischen Alternative zu gewinnen.

Welche Perspektive bietet also die DKP der arbeitenden Bevölkerung in der BRD an?

Im Rahmen dieses Artikels können nur einige wenige Punkte aus dem Grundsatzprogramm der DKP (Beschl. vom 1. März 1977) herausgegriffen und untersucht werden. Es soll kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben, sondern ein Anstoß zur Auseinandersetzung mit der Perspektive der DKP gegeben werden.

"Bündnisstrategie"

Zentrale strategische These in diesem Essener Grundsatzprogramm (und nicht nur dort) ist das sogenannte "antimonopolistische Bündnis, das heißt der Zusammenschluß der Arbeiterklasse mit allen "nichtmonopolistischen Schichten" zu einem "demokratischen Bündnis. Also kleine und mittlere, ja sogar größere Kapitalisten, die noch nicht zur Schicht der wenigen Monopolisten gehören, sollen in ein Bündnis mit der Arbeiterklasse einbezogen werden, dessen Stoßrichtung ja gerade die Überwindung des Kapitalismus sein soll! Welche kapitalistischen Schichten würden sich wohl in ein solches Bündnis mit dem Ziel des Kampfes für den Sozialismus eingliedern lassen?!

Nun ist in dem Programm auch nicht allzuviel von Sozialismus die Rede, sondern hauptsächlich von Zielen wie diesem: "...Einschränkung der Macht des Monopolkapitals und ihre schließliche Überwindung, die Umwandlung der Bundesrepublik in eine reale und fortschrittliche Demokratie." Hier drängen sich vom marxistischen Standpunkt gleich mehrere Fragen auf, die das Programm im Unklaren läßt:

- Wie soll diese "Einschränkung der Macht" vor sich gehen? Schritt für Schritt?
- Wenn ja, was ist gegen den zu erwartenden Widerstand des Monopolkapitals zu tun? Oder geht man davon aus, daß die Monopolisten tatenlos zusehen, wie das "demokratische Bündnis" ihre Macht "einschränkt" und schließlich "überwindet"?
- Was sollen so nebulöse Begriffe wie "real" und "fortschrittlich" aussagen?
- Was bedeutet - derart abstrakt in den Raum gestellt - "Demokratie"? Gibt es nicht ebenso bürgerliche Demokratie wie auch Formen der sozialistischen Arbeiterdemokratie? Welche ist gemeint, nach der Überwindung der Macht der Monopole, und wie wird sie praktisch ausgefüllt?

In der Geschichte hat die Arbeiterbewegung bisher immer die gegenteilige Erfahrung machen müssen. Volksfrontbündnisse, das heißt Bündnisse zwischen Arbeiterpartei und - wenn auch liberalen - bürgerlichen Parteien oder Gruppierungen, wie sie die "antimonopolistische" Bündnisstrategie doch wohl beinhaltet, haben noch nie zum Sozialismus geführt. Die Bourgeoisie, und sei sie auch "nichtmonopolistisch" und "liberal", ist diese Bündnisse zunächst immer nur in Krisenzeiten eingegangen, um sie zur Rettung ihres Systems und zur Disziplinierung der Arbeiterbewegung auszunutzen. Sobald sich aber die Verhältnisse wieder zu ihren Gunsten verbesserten (durch Demoralisierung der Arbeiterklasse wegen der mangelnden Durchsetzung sozialistischer Maßnahmen, die nicht zusammen mit Kapitalisten durchgesetzt werden können) und sich eine Möglichkeit zum Gegenschlag bot, ist dieser erbarmungslos vorbereitet und durchgeführt worden!

Mit bürgerlichen Gruppierungen sozialistische Politik machen zu wollen, spricht sämtlichen Erfahrungen der Arbeiterbewegung Hohn!

MITTELSCHICHTEN

Nun ist es sicherlich unumstritten, daß man den Mittelschichten in einer kapitalistischen Gesellschaft besondere Beachtung zuwenden muß.

Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, denn sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Sind sie revolutionär, so sind sie es im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden Übergang ins Proletariat, so verteidigen sie nicht ihre gegenwärtigen, sondern ihre zukünftigen Interessen, so verlassen sie ihren eigenen Standpunkt, um sich auf den des Proletariats zu stellen." So analysierte Karl Marx im Kommunistischen Manifest die Position der Mittelschichten.

Die Mittelschichten gehören also in der heutigen Gesellschaft weder zur Arbeiterklasse noch zur Bourgeoisie. Ihre wirtschaftliche Position wird durch die ständig zunehmende Konzentration des Kapitals bedroht, ihre Existenzgrundlage ist höchst unsicher, wovon gerade die zahlreichen Konkurse kleiner und mittlerer Unternehmen in den letzten Jahren zeugen. Viele

"kleinen Mittelstände, die kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers, die Handwerker und Bauern, alle diese Klassen fallen ins Proletariat hinab, teils dadurch, daß ihr kleines Kapital für den Betrieb der großen Industrie nicht ausreicht und der Konkurrenz mit den größeren Kapitalisten erliegt, teils dadurch, daß ihre Geschicklichkeit von neuen Produktionsweisen entwertet wird." (Marx, Kommunistisches Manifest)

Diese Prozesse konnten wir in den letzten Jahrzehnten beobachten. Die Mittelschichten sind als Klasse inzwischen stark zusammengeschrumpft, das Proletariat (Arbeiter und Angestellte) dagegen stärker als je zuvor.

DKP-Programm marxistisch?

Durch diese ständige Bedrohung ihrer Existenz und den Verlust ihrer gesellschaftlichen Position früherer Zeiten sind die Mittelschichten, wie Marx es ausdrückt "reaktionär, denn sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen", sie wollen zurück zum frühen Stadium des Kapitalismus, zur Zersplitterung der Einzelproduktion, zu den Kleinbetrieben.

Diese Haltung zieht natürlich auch im politischen Bereich bestimmte Einstellungen nach sich. Die Aufgabe der Arbeiterklasse und ihrer politischen Führung kann hier jedoch keinesfalls die sein, auf diese reaktionären Positionen und auf die vielen kleinbürgerlichen Vorurteile etwa mit Forderungen, die aus einem FDP-Mittelstandsprogramm stammen könnten, einzugehen. Überhaupt ist es nicht möglich, durch formelle "Bündnisse" der Arbeiterpartei mit politischen "Vertretern" dieser Schichten (die nichts anderes vertreten als die Interessen des Großkapital an die Mittelschichten heranzutreten; dies kann nur ein Aufgeben sozialistischer Positionen zur Folge haben, die solche "Repräsentanten" sicherlich nicht mittragen würden.

Wie könnte man etwa über den Großgrundbesitzer und Bauernverbandspräsidenten von Heeremann die Bauern ansprechen? Über Wirtschaftsminister Friderichs die Kleinunternehmer? Oder über Industrie- und Handelskammern und den Einzelhandelsverband die Kleingewerbetreibenden?

Aufgabe der Arbeiterklasse muß es vielmehr sein, diesen Schichten deutlich zu machen, daß sie ebenso unter der



Herrschaft der Großbanken, Handelskonzerne und Großindustrie leiden wie die Arbeiterklasse, daß nur die Verstaatlichung der Banken und der Industrie unter demokratischer Arbeiterkontrolle einen Ausweg aus ihrer existenzbedrohten Lage bietet.

Nur unter dieser Voraussetzung wäre es möglich, z.B. den Bauern zinslose Kredite, billige Landwirtschaftsmaschinen, eine garantierte Abnahme ihrer Produkte zuzusichern. Die Arbeiterklasse und ihre politischen Organisationen müssen die Bauern und die kleinbürgerlichen Schichten davon überzeugen, daß ihre Interessen nur von der Arbeiterklasse als Träger der zukünftigen Gesellschaft wahrgenommen werden können.

Nur eine konsequente, starke, von bürgerlichen und kleinbürgerlichen Einstellungen unabhängige Arbeiterbewegung kann die Mittelschichten von der Alternative einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung überzeugen.

Daß in der Essener Grundsatzklärung der DKP gegen diese fundamentalen Prinzipien sozialistischer Strategie verstoßen wird, mag folgender Absatz dokumentieren:

"Das gemeinsame Interesse an Frieden und Demokratie verbindet die Arbeiterklasse auch mit den Gewerbetreibenden und Handwerkern, mit den Einzelhändlern und der nichtmonopolistischen Bourgeoisie..." (Grundsatzprogramm Seite 48)

Aller unklaren Begriffe ("Demokratie", "Frieden") entkleidet, bedeutet dies nichts anderes, als daß sich die DKP sogar dazu versteigt, "gemeinsame Interessen" zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie festzustellen.

In dem der Essener Grundsatzklärung angehängten Aktionsprogramm der DKP werden dann Vorschläge und Forderungen für den konkreten Tageskampf unterbreitet, die mit den Forderungen nach grundlegender Umgestaltung der Gesellschaft verbunden werden sollen.

Dort finden sich dann auf den ersten 7 Seiten an erster Stelle Forderungen nach Frieden, Beendigung der "Kriegsvorbereitungen der Reaktion", an zweiter Abschaffung aller "Pläne zur Errichtung einer Notstandsdictatur", geeintes Vorgehen aller Antifaschisten "gegen die neonazistische Bedrohung", an dritter Stelle Forderungen an den (bürgerlichen!) Staat wie Öffnung aller Eingänge und Gesetzesvorschläge, Einrichtung öffentlicher Beschwerdeinstanzen, "Ausbau der Einwirkungsmöglichkeiten auf staatliche Angelegenheiten" (Seite 28).

Auf ganzen drei Seiten befaßt man sich dann mit den zentralen Fragen der wirtschaftlichen Umgestaltung, die für jeden Marxisten überhaupt die Voraussetzung für Veränderungen im staatlichen Bereich sind. In diesem Kapitel zur Wirtschaftspolitik steht dann wiederum an erster Stelle die Forderung nach Mitbestimmung, an zweiter die nach demokratischer Wirtschaftsplanung und erst an dritter Stelle widmet man dann ganze 24 Zeilen (!) der Forderung nach Überführung der Schlüsselindustrie in öffentliches Eigentum.

Unmittelbare Verbesserungen?

Es folgen im nächsten Kapitel zur "unmittelbaren Verbesserung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung" Forderungen nach Verbesserung des Unfallschutzes, der Sozial- und Kriegsoffizienten, Erhöhung des Kindergelds, Bau von Altersheimen und Kindergärten, u.ä. Und dies alles wohlgernekt zur "unmittelbaren" Verbesserung des Lebensstandards, als ob dies nicht gerade ein Merkmal des Kapitalismus ist, daß er diese Bedürfnisse eben nicht - noch viel weniger in der unvermeidlichen Krise - befriedigen kann, daß im Gegenteil in all diesen Bereichen Angriffe auf den Lebensstandards auf der Tagesordnung stehen.

Diese "unmittelbare Verbesserung des Lebensstandards" ist gerade im Kapitalismus nicht unmittelbar zu erreichen, sondern hängt eben mit den grundsätzlichen Wirtschafts- und Produktionsverhältnissen zusammen, deren Umgestaltung die DKP 24 Zeilen widmet, ohne deutlich zu machen, daß in der Überführung der Schlüsselindustrien in öffentliches Eigentum die Hauptvoraussetzung zum Aufbau des Sozialismus und damit zur "Verbesserung des Lebensstandards" liegt.

Im Gegensatz zu dem zu Beginn des Aktionsprogramms erhobenen Anspruch, die Tagesforderungen mit der Forderungen nach grundlegender Veränderung zu verbinden, trennt man im Programm selbst süberlich zwischen "tiefgreifenden demokratischen Forderungen" und Forderungen zur "unmittelbaren Verbesserung des Lebensstandards".

Hinzu kommt noch, daß bei den "tiefgreifenden" Forderungen die nach Überführung der Schlüsselindustrien in öffentliches Eigentum und demokratischer Wirtschaftsplanung als eine von vielen gleichrangigen Forderungen neben der Sicherung des Friedens, Anerkennung der DDR, Abschaffung des Neonazismus, rangieren!

Jeder Marxist wird natürlich jede echte Reform, d.h. Verbesserung des Lebensstandards, begrüßen und auch aktiv dafür kämpfen. Aber die Gesichte - und gerade die letzten Jahre - zeigen uns, daß Reformen im Rahmen des kapitalistischen Systems nie stabil und dauerhaft sein können sondern - besonders in Krisenzeiten - ständigen Angriffen des Kapitals ausgesetzt sind.

Daher müßte jeder ernsthafte Kampf um Reformen notwendig unmittelbar in den allgemeinen Kampf für eine sozialistische Gesellschaftsordnung, die der einzige Garant für die Durchsetzung und den Ausbau von wirklichen Verbesserungen im Interesse der breiten Bevölkerungsmasse ist.

Rolle des Staates

Einer zentralen Frage des Marxismus, nämlich der zur Rolle und Funktion des bürgerlichen Staates als "Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet", wie Marx ihn im Kommunistischen Manifest definiert wird in diesem Zusammenhang mit keinem Wort erwähnt. Es heißt im entsprechenden Kapitel nur ganz pauschal:

"Überwindung des beherrschenden Einflusses des Konzernkapitals...auf Gesetzgebung und Verwaltung" sei das anzustrebende Ziel.

Wiederum muß man als Marxist dem entgegenhalten: Das ist doch gerade das Merkmal des bürgerlichen Staates, daß er im Interesse des Kapitals handelt und die Funktion hat, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse aufrecht zu erhalten. Wie kann man an ein bürgerliches Staatswesen Forderungen richten, bei deren Durchführung ein solcher Staat seine eigenen Grundlagen angreifen müßte!?

Erhöhung der Massenkaukraft?

Ähnlich sieht es mit der oft angebrachten Forderung der DKP nach "Erhöhung der Massenkaukraft" aus. Dazu heißt es im Essener Grundsatzprogramm:

"Durch Vergrößerung der Massenkaukraft werden zugleich die Absatzmöglichkeiten für Industrie, Landwirtschaft, Handwerk und Handel im Inland erweitert. Das trägt zur Sicherung der Arbeitsplätze und der Existenz aller arbeitenden Bevölkerungsschichten bei." (Seite 31)

Also die DKP sorgt sich um die Absatzmöglichkeiten von Industrie und Handel (und dies steht unter Forderungen zur "unmittelbaren Verbesserung des Lebensstandards", es ist also keineswegs von einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft die Rede) und macht Vorschläge zu deren Erweiterung, versucht also, die kapitalistische Wirtschaft besser zu managen als die Kapitalisten selbst. Dies natürlich nur in Sorge um die Arbeitsplätze.

Wenn es tatsächlich möglich ist, die Arbeitsplätze im Kapitalismus zu sichern (als Marxist sollte man das Gegenteil wissen), warum kommen dann die Kapitalisten nicht von selbst darauf, die Massenkaukraft zu erhöhen, denn auch ihnen ist ja schließlich nicht aus lauter bösem Willen an Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen sozialen Unruhe gelegen?

Ganz davon abgesehen, daß die Produktionskapazitäten in der BRD derzeit nur zu durchschnittlich 80% ausgelastet sind und vor der Schaffung neuer Arbeitsplätze



sicher erst diese freien Kapazitäten ausgelastet würden, bedeutet eine Erhöhung der Massenkaukraft höhere Löhne. Höhere Löhne heißt aber für die Kapitalisten weniger Profite (denn nichts anderes ist der Profit als unbezahlte Arbeit). Bleibt man nun im Rahmen der bürgerlichen Ökonomie wie die DKP mit diesen Forderungen, dann folgen aus weniger Profiten gerade weniger Investitionen, weniger Arbeitsplätze - oder durch Abwälzen dieser Lohnerhöhungen zur Steigerung der Massenkaukraft auf die Preise eine Schwächung der Konkurrenzfähigkeit auf dem internationalen Markt und damit wieder eine Gefährdung der Arbeitsplätze.

Auch diese Forderung läßt sich wohl kaum per staatlichen Erlaß durchsetzen, da ein derartiger Angriff auf die Profite wie ihn die Kaufkraftsteigerung zur Folge hätte (sofern der bürgerliche Staat dazu überhaupt willens wäre), sofort den unerbittlichen Widerstand des Kapitals auf den Plan rufen würde, also ohne Mobilisierung der Arbeiterklasse sowieso nicht durchsetzbar wäre, schon gar nicht "unmittelbar".

Darüberhinaus setzt sich eine derartige Forderungen vollkommen über einen Grundwiderspruch des Kapitalismus hinweg: zur Erhöhung ihrer Profite müssen die Kapitalisten einerseits die Löhne niedrig halten, andererseits aber können sie diese Profite nur dann realisieren, wenn sie ihre Produkte auch absetzen, also wenn die Kaufkraft der Arbeiterklasse - sprich Löhne - ausreicht. Für den Profit ist also sowohl der niedrige Lohn (Kostenfaktor für Kapitalisten) als auch die hohe Kaufkraft (Absatzfaktor für Kapitalisten) ausschlaggebend.

Beides auf einmal geht aber nicht, und genau das ist das Dilemma.

Hier läßt sich wieder einmal deutlich erkennen, wie schnell man sich im Teufelskreis der bürgerlichen Ökonomie verstrickt, wenn man nicht eine ganz klare marxistische Perspektive hat und z.B. Forderungen nach einem garantierten Arbeitsplatz (die im Kapitalismus nie verwirklicht werden kann) immer mit den grundlegenden Forderungen gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem verbindet:

➤➤ Für die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Banken

➤➤ Für eine Planwirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle

Nur im Sozialismus sind dann die Garantie des Arbeitsplatzes, stabile Preise, Erhöhung des Lebensstandards, demokratische Verwaltung von Staat und Gesellschaft erreichbar!

Angela Bankert

(Vorstand JusO- Unterbezirk Remscheid)

ARBEITER GRÜNDEN GEWERKSCHAFTEN



REINHOLD ZIELKE
(Mitglied der IG
Metall und Vor-
standsmitglied des
SPD-ÖV Remscheid-
Stüd)

War die früheste spontane Reaktion von Lohnarbeitern auf ihre Verelendung noch die Zerstörung von Maschinen, so richtete sich bald der Widerstand - zunächst eines aktiven Kerns - gegen die Auswirkungen der neuen Gesellschaftlichen Produktions- und Besitzverhältnisse. Schon vor der bürgerlichen Revolution von 1848 gründeten Arbeiter erste gewerkschaftliche Widerstands- und Selbsthilfeorganisationen. Sie erkannten allmählich, daß nur der solidarische Zusammenschluß und eine kollektive Vereinbarung von Lohn- und Arbeitsbedingungen ihre gemeinsame Lage und damit die des Einzelnen verbessern konnte. Örtliche Arbeitervereinigungen, mit meist begrenzten Zielen, wie das Ansammeln von kleinen Streikfonds und Unterstützungskassen (Die auch heute noch als Sterbe oder Unterstützungskassen, in vielen Betrieben existieren), waren die Vorläufer regionaler Arbeitervereinigungen.

TARIFVERTRÄGE

Als erste traten 1840 die Leipziger Buchdrucker an die Öffentlichkeit, sie forderten von ihren Arbeitgebern einen Tarifvertrag mit gemeinschaftlicher Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Im gleichen Jahr streikten die Mauergesellen in den Hansestädten für höhere Löhne. Die Reaktion auf solche gewerkschaftlichen Aktionen ließ nie lange auf sich warten, stets folgte ein strenges Verbot der Arbeitervereinigungen.

Während der Märzrevolution gab es erste Ansätze zu regionalen Verbänden mit gewerkschaftlichen Zielen. Im August 1848 wurde in Berlin auf einem Arbeiterkongreß "die allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung" gegründet, geführt von dem Schriftsetzer Stephan Born, einem Schüler von Karl Marx und Friedrich Engels. Hier tauchten bereits echte gewerkschaftliche Forderungen auf, wie Bestimmung eines Mindestlohnes, Zusammenschluß der Arbeiter zur Sicherung der vereinbarten Lohnsätze. Es wurden auch sozialpolitische Forderungen gestellt, wie zum Beispiel staatliche Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosenvermittlung durch lokale Gewerkschaftsverbände. Mit dem Sieg der Reaktion wurde die gewerkschaftliche Betätigung verboten. 1854 wurde sogar ein Bundestagsbeschluß allgemein verbindlich, der die deutschen Bundesstaaten ausdrücklich zur Auflösung aller Arbeitervereine verpflichtete.



Ein Gruppenbild des Braunschweiger Arbeitervereins.

LIBERALE „FREUNDE“

Während der verstärkten industriellen Entwicklung konnten der Staat und die liberalen Unternehmer den Arbeitern auf Dauer das Vereinsrecht nicht verbieten, zumal sich in immer stärkerem Maße politische und weltanschauliche Gruppen für die Zulassung von Arbeiterkoalitionen einsetzten. An vielen Orten waren unter Obhut liberaler "Arbeiterfreunde" Arbeiterbildungsvereine entstanden. Diese Vereine - in denen die Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit gelehrt wurde ("Wir sitzen alle in einem Boot") - sollten durch eine bessere Bildung der Arbeiter deren sozialen Status heben und sie zum politischen Kampf für ihre Rechte innerhalb der gegebenen Verhältnisse befähigen.

Anfänglich waren die Schriften von Marx und Engels wenig verbreitet. Unter den Mitgliedern der Arbeiterbildungsvereine setzte jedoch bald die Neigung ein, der liberalen Vormundschaft zu entfliehen. Sie begannen, an der Theorie von der Interessengemeinschaft zu zweifeln, diskutierten selbstständig über die Probleme und Ursachen ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage und fanden sich bestätigt durch die Ideen von Marx und Engels.

LASSALLE

1863 bat der Leipziger Arbeiterbildungsverein Ferdinand Lassalle um eine Stellungnahme zu ihrer Situation; dessen offenes Antwortschreiben gab den Impuls zur Gründung der ersten politischen Arbeiterpartei, des "Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins".

Lassalle vertrat die Theorie des "Ehernen Lohngesetzes", nach der der Lohn ausschließlich nach Angebot und Nachfrage bestimmt sei. Er würde immer wieder - auch nach einer erkämpften Lohnerhöhung - sich auf das Existenzminimum einpendeln. Deshalb seien der Kampf um bessere Löhne sinnlos und Gewerkschaften überflüssig. Politisch schlug Lassalle der Arbeiterbewegung vor, mit Hilfe des bestehenden Staates friedlich in den Sozialismus hinüberzugleiten, in dem sie ihn ausnützte, um Produktionsgenossenschaften zu errichten und die Kapitalistenklasse allmählich aufzukaufen.

Lassalle nahm unmittelbar nach Gründung des ADAV Verhandlungen mit Bismarck persönlich auf, indem er ihm ein Bündnis gegen die Bourgeoisie anbot. Die Monarchie sei dazu berufen, "natürliche Träger der sozialen Diktatur" zu sein.

MARX UND ENGELS

Karl Marx und Friedrich Engels widerlegten als die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus in ihren Schriften die Theorie Lassalles und entwarfen konkrete Perspektiven für den Kampf der Arbeiterklasse.

Karl Marx schrieb den Gewerkschaften eine zweifache Rolle zu. Einmal sollten sie in einem zähen Kleinkampf mit dem Kapitalismus die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern versuchen und zunächst wenigstens eine Verschlechterung verhindern, zum anderen waren sie für ihn die natürlichen Brennpunkte des Widerstands gegen den Kapitalismus. In den Gewerkschaften sah er den Mittelpunkt des Emanzipationsstrebens der Proletariats, allerdings warnte er davor, gänzlich in einen Kleinkrieg gegen die Auswirkungen des kapitalistischen Systems aufzugehen. Sie sollten sich nicht allein auf Lohn- und Arbeitszeitfragen konzentrieren, sondern intensiv auf die soziale Revolution hinarbeiten.

In einem 1865 vor dem Generatrat der Internationalen Arbeiterassoziation - dem Zusammenschluß der europäischen sozialistischen Parteien - gehaltenen Vortrag über "Lohn, Preis, Profit" legt Karl Marx den Gewerkschaften ihre revolutionäre Rolle dar: statt des konservativen Mottos "Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk" sollten sie auf ihr Banner die Losung schreiben: "Nieder mit dem Lohnsystem!".

Neben den lassalleanischen und den marxistisch orientierten Arbeitervereinigungen gab es eine dritte, vom Liberalismus geprägte Richtung, die Hirsch-Dunkerschen-Gewerkvereine.

Der erste Zusammenschluß zu einer größeren Gewerkschaftsorganisation wurde im Jahre 1868 durch den "Allgemeinen Arbeiterverein" in einem Aufruf angeregt. Im September kam als Folge dieses Aufrufs der "Allgemeine Deutsche Arbeiterkongreß" zustande. Neun von zwölf vorgesehenen Arbeitervereine (nach Berufszweigen unterteilte Interessenverbände) konstituierten sich sofort und der Vorsitzende des lassalleanischen Arbeitervereins, Jean Baptist von Schweitzer, wurde auch zum Präsidenten des "Allgemeinen Deutschen Arbeiterschäftsverband" gewählt.

Vorher hatten Max Hirsch und seine Anhänger auf dem lassalleanischen Kongreß vergebens versucht, ihre Vorstellungen durchzusetzen. Nach starken Auseinandersetzungen wurden sie von der Tagung ausgeschlossen. Daraufhin gründeten sie ebenfalls in Berlin die Hirsch-Dunkerschen-Gewerkvereine. Hier beschlossen sie, mit einem Seitenhieb auf den von Schweitzer in Personalunion geführten "Allgemeinen Deu-

tschen Arbeiterverein" und dem "Arbeiterschäftsverband", ihre Gewerkschaft sollte nicht zur Organisation des sozialen Krieges dienen, sondern zum Schutze und zur Förderung aller berechtigten Interessen der Arbeiter auf dem Boden der Selbsthilfe tätig werden.

Ebenso hatte die von Marx beeinflusste Richtung der Arbeiterbewegung feste Pläne zur Gründung von Gewerkschaften; führend war hier der Leipziger Arbeiterbildungsverein, der auch die Keimzelle der 1869 von Bebel und W. Liebknecht gegründeten "Sozialdemokratischen Arbeiterpartei" war.

A. Bebel formulierte ein "Musterstatut für deutsche Gewerkschaften", das im November 1868 veröffentlicht wurde, auf diesem Musterstatut basierende Gewerkschaftsverbände entstanden 1869.

Die Entstehungsgeschichte der ersten großen Gewerkschaften macht verständlich, daß sie zunächst mehr oder weniger an drei politische Parteien - Richtungen - gebunden waren. An den lassalleanischen "Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein", an die liberale "Preußische Fortschrittspartei" und an die "Sozialdemokratische Arbeiterpartei".

Unter der organisatorischen und ideologischen Dreiteilung konnten die Gewerkschaften als Gesamtbewegung, abgesehen von den willkürlichen Verfolgungen der Behörden, kaum stärker werden. Deshalb diskutierten die beiden sozialistischen Arbeiterparteien Einigungspläne, die 1875 mit der in Gotha vollzogenen Gründung der "Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands" vollzogen wurden.

(Wobei bei diesem Gründungskongreß die lassalleanische Strömung einen starken Einfluß geltend machen konnte.) Gleich-

zeitig drängte man zur Vereinigung aller sozialistischen Gewerkschaften.



SOZIALISTENGESETZ

Bevor es aber dazu kam, wurden auf Kaiser Wilhelm I. von politischen Wirkköpfen zwei Attentate verübt, die der Sozialdemokratie zugeschrieben wurden und dem Reichstag den Vorwand lieferten, 1878 das "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" zu erlassen. Dieses Sozialistengesetz traf nicht nur die SPD, sondern in einem noch viel stärkeren Maße die Gewerkschaften, denen die illegale Tätigkeit schwerer möglich war als einer Partei.

Deshalb mußten in den folgenden zehn Jahren 17 Zentralverbände und 120 lokale Berufsorganisationen aufgelöst werden. Damit waren die Gewerkschaften vorübergehend an jeder Arbeit und Weiterentwicklung gehindert.

Zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit forderte er unter anderem: die gesetzliche Verankerung des Rechts auf Arbeit. Nun ist es sicherlich nicht falsch, wenn man fordert, das Recht auf Arbeit - etwa im Grundgesetz - festzuschreiben. Doch ein solches Recht auf dem Papier ist solange nichts wert, wie es nicht in die Realität umgesetzt werden kann. Wie will Vietheer diese Umsetzung garantieren, wenn er sich auf demselben Gewerkschaftstag gegen eine Verstaatlichung der Banken ausspricht?

Kein Kapitalist - und ebenso wenig eine Regierung im Kapitalismus - kann das Recht auf einen Arbeitsplatz garantieren, ob ihm das Gesetze vorschreiben oder nicht.

Deshalb kann das Recht auf Arbeit nur durch grundsätzliche, die Säulen des Kapitalismus einreißende Maßnahmen, durchgesetzt werden. Eine vorbereitende Forderung wäre die Verstaatlichung der Banken, und weiterhin der Schlüsselindustrien und Versicherungen gewesen. Auf der Grundlage des Gemeineigentums an Produktionsmitteln kann eine demokratische, durch die Arbeitnehmer kontrollierte Planung der Wirtschaft, jedem einen Arbeitsplatz garantieren. Deshalb ist es die Aufgabe der HBV, für die

- Verstaatlichung der Banken, der Versicherungen und der Schlüsselindustrien
- demokratisch kontrollierte Planwirtschaft

ihre Mitglieder zu mobilisieren, um auch über die Gewerkschaft hinaus eine breite Basis für diese Forderungen zu gewinnen.

Auch im kaufmännischen Bereich:

Günter Munsch
(Mitglied der HBV)

RATIONALISIERUNGEN

Die angeblich "soziale" Marktwirtschaft in der Bundesrepublik ist schon immer Konjunkturschwankungen ausgesetzt gewesen.

Die internationale Rezession 74/75 schlug mit 1,4 Millionen Arbeitslosen und hoher Inflationsrate voll durch. Durch den Ruin von kleinen und mittleren Unternehmen wurden viele Arbeitsplätze abgebaut. Auch in der Großindustrie standen Kurzarbeit und Rationalisierungsmaßnahmen auf der Tagesordnung.

Der Dienstleistungsbereich, besonders der verteilende, verwaltende Sektor, spricht die kaufmännischen Berufe bildeten bisher ein großes Auffangbecken für die durch Rationalisierungsmaßnahmen in anderen Bereichen (z.B. in der Produktion), "freigesetzten" Arbeitskräfte.

So sank von 1950 bis 1970 die Zahl der Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft und im Bergbau von 5,7 Millionen auf 2,2 Millionen.

In der Gebrauchsgüterherstellung (zu einem großen Teil Handwerk) sank die Zahl der Beschäftigten, im selben Zeitraum, von 4,2 Millionen auf 1,9 Millionen.

Im Gegensatz dazu nahm die Zahl der Beschäftigten im kaufmännischen Bereich seit 1950 von 4,2 Millionen auf 8,2 Millionen zu.

Dies bei einem Rückgang der Gesamtbeschäftigten und einem Produktivitätsanstieg in der Industrie.

Heute hat sich die Rationalisierungswelle längst auf die kaufmännischen Berufe ausgedehnt. Zur "Orgatechnik", eine Ausstellung zum Bürotechnischen Bereich, die kürzlich in Köln-Deutz stattfand, schreibt der Kölner Stadtanzeiger in seiner Ausgabe vom 20. Oktober in einem Messebericht:

"Wie man mit Hilfe moderner Elektronik oder besserer Organisation Arbeitsplätze im Büro einsparen kann und wie man auf den verbliebenen Arbeitsplätzen anatomisch richtig sitzt, ist seit gestern in Deutz zu sehen."

Der Staatssekretär für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen meinte in seiner Eröffnungsrede: "Eine solche Welle von Einsparungen in diesem Sektor ist vor Jahren noch nicht denkbar gewesen."

Die anhaltende Rationalisierungstendenz hat sicher wesentlich dazu

beigetragen, daß der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in den ersten acht Monaten des Jahres 1976 12150 Arbeitnehmer beitraten, so daß die Gewerkschaft HBV Ende August 269273 Mitglieder zählte.



Heinz Vietheer, der alte und neue HBV-Vorsitzende, sagte am 9. HBV Gewerkschaftstag in Saarbrücken:

"Eine gewerkschaftliche Organisation wird nicht daran gemessen, mit wie vielen Vorschlägen sie kommt, es kommt auf die Kraft an, die dahinter steht. Unsere Gegner sammeln nicht HBV-Resolutionen, um damit erschrämt zu werden. Sie fragen nach dem Organisationsgrad und beurteilen dann, ob wir Respekt verdienen."

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Fortsetzung von Seite 1 → In vielen Betrieben wurden in den Versammlungen der Vertrauensleute ähnliche Forderungen, meist um die elf oder zwölf Prozent erhoben. Bereits Anfang 1976 hatte es in den Betrieben Unruhe gegeben, die dann zu zahlreichen Warnstreiks führten. Die Kampfbereitschaft führte dazu, daß Hunderttausende aus Protest gegen die niedrigen Angebote der Arbeitgeber vorübergehend die Arbeit niederlegten und insgesamt die Zahl der Streikenden während der ersten Wochen des Jahres die Gesamtzahl aller an Streiks beteiligten Arbeiter 1975 übertraff.

Es ist offensichtlich, daß der schließlich vereinbarte Abschluß von 5,4 Prozent für die Metallindustrie angesichts der großen Kampfkraft der Gewerkschaftsmitglieder nicht gerade auf große Begeisterung stieß. So wurde jetzt in den letzten Monaten und Wochen in den Vertrauenskörpern verstärkt und gründlicher als bisher über die neue Tarifrunde geredet und zeigen die Kollegen auch allgemein ein größeres Interesse daran.

Alle von Vertrauenskörpern aufgestellten Forderungen zeigen die feste Absicht der Kollegen an, diesmal den Lebensstandard mindestens zu halten. Dies muß der oberste Grund-

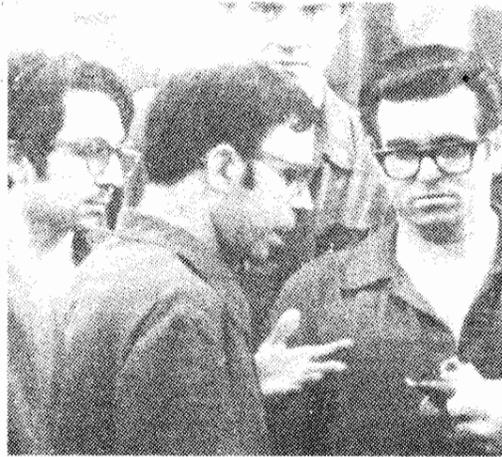
sollen. Keinem Kollegen darf eine weitere Kürzung seines Reallohnes zugemutet werden. Aber es muß auch dafür gesorgt werden, daß wir alle in den letzten 2 Jahren erlittenen Einbußen wieder ausgeglichen bekommen.

Dazu ist die Forderung der Kollegen von der Bremer Vulkanwerft ein erster Ansatz. Denn eine einheitliche Lohnerhöhung um einen Festbetrag von 2100 DM würde auch gleichzeitig die Kluft zwischen den einzelnen Lohn- und Gehaltsgruppen - prozentual - abbauen. Es ist auch an der Zeit, daß die Gewerkschaft die Forderung nach einem garantierten Mindestlohn von 1200 DM netto aufgreift und dafür kämpft, denn dieser Betrag wäre wirklich das mindeste, was jeder braucht, um einigermaßen leben zu können. In den nächsten Wochen werden jetzt wieder gewerkschaftlichen Lohnforderung sein. Es geht nicht nur um die durchschnittliche Preissteigerungsrate (die liegt bei den Grundnahrungsmitteln und Grundbedürfnissen ohnehin höher), sondern um die ganzen erhöhten Abgaben, die den Arbeitern im nächsten Jahr aufgebremst werden der die Unternehmer, die bürgerliche Presse und sonstige Helfershelfer ihre Stimme erheben und die "unvernünftigen" Forderungen der Gewerkschaft kritisieren. In der Konzentrierten Aktion werden die Arbeitgebervertreter, die Bonkiers und Wirtschaftsminister Friderichs Druck auf Vetter und Loderer ausüben, damit sie ja von ihren Forderungen runtergehen sollen. Umso mehr geht es für uns Gewerkschaftsmitglieder darum, unsere Führung klarzumachen, daß wir von ihr eine energische und standhafte Vertretung unserer Interessen verlangen. Das heißt:

- Vollständige Demokratisierung der Gewerkschaft!
- Demokratische Aufstellung der Gewerkschaftsführung und Beteiligung aller Mitglieder an den Diskussionen!

- Kein Funktionär darf mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen!
- Die Gewerkschaftsführer müssen aus den Aufsichtsräten zurückgezogen werden, um nicht mit den Unternehmern identifiziert werden zu können!
- Die Gewerkschaften müssen aus der "Konzentrierten Aktion" austreten, weil es eine Übereinstimmung der Interessen von Arbeit nicht geben kann!
- Die Gewerkschaftsführung muß auf jeden Fall hart bleiben und die Kampfbereitschaft ihrer Mitglieder voll in die Waagschale werfen! Die letzte Tarifrunde hatte nämlich eine entscheidende Schwäche: die vielen örtlichen Warnstreiks ließen den Dampf eher verpuffen. Es geht aber darum, die Kraft von Hunderttausenden konzentriert und aufeinander abgestimmt einzusetzen, und wenn die Bosse nicht bereit sind, unsere Forderungen zu erfüllen, dann auch einen gezielten und wirkungsvollen Streik zu führen.

Uns Arbeitern ist in diesem System noch nie etwas geschenkt worden. Jede praktische Verbesserung, die wir erreicht haben, konnte nur durch einen harten und zähen Kampf von den Bossen errungen werden. Wir werden in Zukunft noch mehr kämpfen müssen, um den Lebensstandard zu verteidigen, und erst recht, um um eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu erreichen, in der wir alle das Sagen haben und nicht mehr die Unsicherheit über den morgigen Tag kennen werden.



Arbeitslosigkeit ohne Ende

VON HEINZ THIELMANN, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

"Man kann nur hoffen, daß sich ihre Annahme - 800 000 Arbeitslose im Jahresdurchschnitt 1977 - erfüllen wird". So kommentierte vor einigen Wochen die Frankfurter Allgemeine die Vorhersage von Experten für das Jahr 1977. Hoffentlich wird es 800 000 Arbeitslose geben - "nur"! Dies ist in der Tat die ganze Hoffnung für die Kapitalistenklasse an der Jahreswende 1976/77.

1977, das Jahr des Aufschwungs, soll im besten Fall "nur" durchschnittlich 800 000 Arbeiter und Angestellte ihrer Erwerbsquelle berauben und sie dazu zwingen, von stark geschrumpften Einkommen zu leben. Nicht mitgerechnet sind dabei natürlich Hunderttausende, so die Schulabgänger ohne Lehr- oder Arbeitsstellen, die gar nicht als arbeitslos gemeldet sind Hausfrauen oder die "Gastarbeiter", die wieder in ihre Heimatländer abgreist sind. Rein zahlenmäßig wirken im Vergleich zu 1977 die Ausmaße der Krisenjahre 1966/67 fast lächerlich: 673 572 Arbeitslose war damals der absolute Höchststand, im Jahresdurchschnitt waren es rund eine halbe Million. Damals war die Arbeitslosigkeit nach 1 Jahr weitgehend beseitigt.

INZWISCHEN ABER SIND BEREITS 2 JAHRE VERGANGEN, SEIT DIE ARBEITSLÖSENZAHL ERSTMALS AUF ÜBER EINE MILLION STIEG.

Überall zögern die Unternehmer mit neuen Investitionen - in vielen Städten und Branchen stehen sogar Massenentlassungen auf der Tagesordnung.

So beispielsweise in West-Berlin, wo die Elektrokonzerne AEG und Siemens und die Waggon-Union tausende von Arbeitskräften entlassen wollen. AEG-Telefunken will sogar ein ganzes Zweigwerk dichtmachen. In der ganzen Stadt gingen 1975 22.000 Arbeitsplätze für immer verloren, 1976 sogar rund 25.000. Von Aufschwung können die Berliner nichts spüren.

In Gelsenkirchen, der Großstadt mit der höchsten Arbeitslosenrate in der Bundesrepublik, werden 600 Beschäftigte der "Eurovia"-Strumpfweberei vor die Türe gesetzt werden - eine schöne Weihnachtsüberraschung!

Nach Berechnungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wird sich das Wachstumstempo der Wirtschaft 1977 wieder verlangsamen, und ist eine neue Weltrezession zum Ende des Jahres möglich.

Bei solch trüben Aussichten braucht die Arbeiterbewegung ein klares und kämpferisches Programm gegen die Arbeitslosigkeit. Der IG-Metall-Vorsitzende Loderer hat bereits verschiedene Forderungen aufgestellt: Eine Politik der Arbeitszeitverkürzung, Herabsetzung der Altersgrenze, Verlängerung des Urlaubs, Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit.

Aber es muß klar sein, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit keinesfalls auf dem Rücken der Arbeiter eingeführt werden darf. Sie haben doch nicht die Krise zu verantworten. Deshalb muß auch bei einer Senkung der Wochenstunden der volle Lohn weiterbezahlt werden. Aus gewerkschaftlichen Forderungen und Anregungen muß jetzt ein Aktionsprogramm entstehen, das die wichtigsten Forderungen umreißt und dem Kampf dafür eine Perspektive verleiht. Unersäglich Bestandteile eines solchen Programms müssen die folgenden Forderungen sein:

- Keine Entlassungen!
- Einen garantierten Arbeitsplatz oder vollen Lohn für alle!
- Garantierte Lehrstellen für alle Schulabgänger!
- Einen Arbeitsplatz für jeden Auszubildenden nach der Lehrzeit!
- Aufteilung der vorhandenen Arbeit unter alle Arbeiter!
- Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
- 1.200,- DM netto garantierter Mindestlohn für alle ab 18 Jahren!

Es reicht aber noch lange nicht aus, solche elementaren Forderungen einfach aufzulisten und sie auf Papier zu belassen. Denn jeder ernsthafter Kampf für jede einzelne Forderung wird den Widerstand der Unternehmer auf den Plan rufen. Sie fordern ja ohnehin ständig noch mehr Steuergeschenke und -erleichterungen vom Staat, angeblich um damit neue Arbeitsplätze zu schaffen. Da jede Forderung gleichzeitig die Profite der Kapitalisten angreifen, würden sie sich mit Zähnen und Klauen dagegen wehren, daß unsere gerechten Forderungen Wirklichkeit werden.

Aber wir können keine Rücksicht auf diese wenigen Schmarotzer nehmen. Und wenn sie sich auch unserem Kampf um die Mindestanforderungen für ein menschenwürdiges Leben in den Weg stellen und ihn sabotieren, dann weg mit ihnen. Dann laßt uns die Betriebe und die gesamte Wirtschaft selbst in die Hand nehmen. Laßt uns für die Verstaatlichung der Großkonzerne, Banken und Versicherungen kämpfen. Die Bosse sollen soviel an Entschädigung erhalten, wie sie zum leben brauchen bzw. wenn sie arbeitsfähig sind, wie jeder andere auch arbeiten. Laßt uns das gesamte vorhandene Potential an Maschinen, Technik und Menschen optimal einsetzen, um für alle Menschen notwendige Güter zu produzieren. Unter demokratischer Arbeiterkontrolle im Betrieb und einer allgemeinen Arbeiterverwaltung in der Gesellschaft könnte - bei voller Mitwirkung aller - im Interesse der Arbeiter und Angestellten produziert werden. Eine vernünftig geplante sozialistische Wirtschaftsordnung könnte jedem bei stets sinkender Zahl von Arbeitsstunden einen höheren Lebensstandard garantieren und das gesamte materielle und kulturelle Niveau der Menschheit auf noch nie gekannte Höhe anheben.

VORAN

► In eigener Sache ◀

SPENDET FÜR VORAN!

Die Redakteure und Mitarbeiter von VORAN sind aktive Mitglieder der SPD, Jungsozialisten und Gewerkschaften. Wir haben uns zusammengefunden, weil wir der Meinung waren, daß die Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik eine echte marxistische Zeitung braucht, eine Zeitung auf der Grundlage einer klaren und umfassenden sozialistischen Perspektive.

Wir haben es alle selbst miterlebt, wie noch 1972 eine breite Begeisterung unter den Arbeitern und Jugendlichen zum Wahlsieg der SPD führte. Aus den damals von uns allen erhofften Reformen und einer allgemeinen Verbesserung des Lebensstandards ist inzwischen jedoch gerade das Gegenteil geworden.

Selbst im Dezember 1973, als VORAN erstmals erschien, standen wir fast alleine da mit unserer Warnung, "daß auch ein bescheidenes Reformprogramm... nur dann durchzuführen ist, wenn die Hebel der wirtschaftlichen Macht - das heißt die Schlüsselindustrie und das Bankwesen - in Staatshänden ruhen und durch die Arbeiter und Angestellten verwaltet und kontrolliert werden." Wir wurden von vielen verlacht, als wir damals vorhergesagten, daß die Arbeitslosigkeit in der BRD bis Ende 1974 auf über eine Million ansteigen würde.

VORAN kämpft für ein sozialistisches SPD-Programm, für die Überführung der Großkonzerne in Gemeineigentum, für eine demokratisch geplante und geleitete Wirtschaftsordnung.

VORAN bringt Berichte aus der Arbeiterbewegung im In- und Ausland, Zahlen und Tatsachen, Berichte über die Geschichte der Bewegung und theoretische, leicht verständliche Beiträge. Wir sind auch immer bereit, Leserbriefe und Kritik abzdrukken und in unserer Zeitung zu diskutieren. Denn nur eine freie und offene Diskussion über alle Meinungsverschiedenheiten kann die Arbeiterbewegung weiterbringen und die notwendige Klarheit schaffen.

Jeder Arbeiter, Angestellte, Schüler, Auszubildende oder Student, der das Programm und die Politik von VORAN unterstützt, muß auch tatkräftig mit dazu beitragen, daß unsere Zeitung einen noch breiteren Leserkreis findet - er auch regelmäßig VORAN in seinem Bekanntenkreis, an seinem Arbeitsplatz, in der Schule, in seinem SPD-Ortsverein oder in seiner Juso-Arbeitsgemeinschaft verkaufen.

Postcheckkonto Angela Bankert, Postscheckamt Essen, Nr. 242250432

Daß VORAN nicht aus dunklen Käufern oder von finanzstarken anonymen Hintermännern unterstützt wird, ist klar. VORAN wird getragen von den Verkaufserlösen und Spenden seiner Mitarbeiter und Anhänger.

Aber um die Zeitung noch besser zu gestalten, um sie von jetzt an regelmäßig monatlich herauszubringen und noch mehr zu verbreiten, sind wir auf Spenden - ganz gleich wie groß - angewiesen.

Telefongespräche, Porto, die Anschaffung einer neuen und besseren Schreibmaschine, Zeichengeräte - das alles ist in den nächsten Monaten dringend nötig. Deswegen haben wir einen KAMPPFONDS eingerichtet, auf dem alle Spenden gesammelt werden sollen.

Schon machen sich Leser und Korrespondenten unserer Zeitung daran, Spendensammlungen zu starten. So wollen zwei VORAN-Verkäufer in München ab sofort das Rauchen aufgeben und dafür unter ihren Bekannten und Kollegen sammeln, natürlich auch das ersparte Geld regelmäßig überweisen. In Köln will ein VORAN-Leser Briefmarken sammeln und verkaufen. Anhänger der Zeitung in Remscheid wollen Pfennige sammeln und regelmäßig kleinere Beträge in eine Sparducke werfen. Andere VORAN-Verkäufer haben sich fest vorgenommen, einen Teil ihres Weihnachtsgeldes direkt zu spenden.

Dies sind nur einige der vielen Möglichkeiten, um unseren Kampffond aufzubauen. Jeder hat seine Art, seine Ideen und originelle Einfälle dazu. Aber jeder Groschen und jedes Markstück zählt und wird uns helfen.

DARUM RUFEN WIR ALLE LESER DAZU AUF, MIT ALLEN MÖGLICHEN MITTELN DEN AUFBAU VON VORAN, ALS STARKES MARXISTISCHES ORGAN IN DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG ZU UNTERSTÜTZEN!

ABONNIERT VORAN

- Ich möchte VORAN abonnieren und habe DM 7,- auf das Postscheckkonto H.G. Öfinger, Postscheckamt Essen, Nr. 170 20 433, überwiesen. (Abopreis für 6 Ausgaben)
- Ich möchte weiteres Informationsmaterial